

# Geschäftsbericht 2016

Freie Arzt- und Medizinkasse  
der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG

**Freie Arzt- und Medizinkasse**  
der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG

Hansaallee 154  
60320 Frankfurt am Main

Telefon: 069/ 97466-0

# Inhaltsverzeichnis

Lagebericht

Jahresabschluss

- Bilanz

- Gewinn- und Verlustrechnung

- Anhang

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bericht des Aufsichtsrates

Die im Folgenden dargestellten Zahlenangaben sind maschinell gerundet. Es können sich daher darstellungsbedingt Rundungsabweichungen ergeben.

# Lagebericht

## Grundlagen des Vereins

### Geschäftsmodell des Vereins

Die Freie Arzt- und Medizinkasse der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG (FAMK) wurde im Jahre 1911 als Selbsthilfeeinrichtung der Beamten der Feuerwehr mit einem organisierten Ärzte- und Apothekernetz gegründet. Der in die Selbsthilfeeinrichtung einbezogene Personenkreis wurde im Jahr 1946 um die Polizeibeamten der städtischen Polizei und zu einem späteren Zeitpunkt noch um Beamte in verwandten Tätigkeitsfeldern erweitert. Die Ausrichtung der FAMK blieb über den Zeitraum von über 100 Jahren hinsichtlich Zielgruppen und Leistungsumfang weitgehend unverändert. Durch den gelebten Vereinsgedanken ist die FAMK in Hessen in der Zielgruppe der Beamten der Berufsfeuerwehren, der Polizei, der Justiz, des Strafvollzugs, der Steuerfahndung und der Gefahrenabwehrbehörden sowie in deren Verwaltungen stark verwurzelt. Die FAMK verfügt innerhalb dieser Zielgruppen in Hessen über einen hohen Bekanntheitsgrad als Krankenversicherer.

Die FAMK bietet ihren Mitgliedern aus Hessen privaten Versicherungsschutz bei Erkrankungen und Unfällen in Verbindung mit einem einzigartigen Service hinsichtlich der Beihilfeberatung sowie der Beihilfeabwicklung samt Vorfinanzierung. Das Wachstum des Unternehmens ist aufgrund der satzungsmäßigen Beschränkung auf die Zielgruppen allerdings im hohen Maße abhängig vom Einstellungsverhalten der entsprechenden Dienstherrn. Die Einstellungszahlen waren in den letzten Jahren eher niedrig.

### Tarifwerk

Die FAMK betreibt ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft für die Versicherungsart Krankheitskostenvollversicherung.

Seit dem 21.12.2012 werden im Neugeschäft nur noch Tarife mit geschlechtsunabhängig kalkulierten Beiträgen angeboten (Unisex-Tarife). Bis zum 20.12.2012 verwendete die FAMK bei der Kalkulation ihrer Tarife grundsätzlich unterschiedliche Rechnungsgrundlagen für Frauen und Männer.

### Standort

Die FAMK hat ihren Sitz seit der Gründung des Vereins in Frankfurt am Main. Die Geschäftsräume befinden sich in der Hansaallee 154 in Frankfurt am Main unweit des Polizeipräsidiums sowie der Feuer- und Rettungswache 1 und beinhalten auch ein modernes Service- und Beratungszentrum, um den Mitgliedern optimalen Service anbieten zu können.

# Lagebericht

## Wirtschaftsbericht

### Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogenen Rahmenbedingungen

#### Gesamtwirtschaftliches Umfeld

##### **Die Weltwirtschaft befindet sich in einem leichten Aufschwung**

Die Weltwirtschaft erfuhr in den Industrieländern im zweiten Halbjahr 2016 eine leichte Beschleunigung, welche maßgeblich auf das Anziehen der Konjunktur in den Vereinigten Staaten zurückzuführen war. Der Anstieg der Weltproduktion betrug für das Jahr 2016 etwa 2,9%. Durch die sehr gute Verfassung des Arbeitsmarktes in den USA wurde dort erneut ein Tiefstand bei der Arbeitslosigkeit erreicht, welcher den privaten Konsum begünstigt.

In den Schwellenländern wurde eine Stabilisierung der konjunkturellen Lage aufgrund der robusten Expansion in China verzeichnet.

Trotz eines schwierigen globalen Umfelds setzte sich die wirtschaftliche Erholung im Euroraum unterhalb der Erwartungen fort. Die Inflation im Euroraum wurde in 2016 maßgeblich durch die Rohölpreissteigerung geprägt. Sie fiel jedoch mit 0,5% erneut sehr niedrig aus.

##### **Die deutsche Wirtschaft wächst solide**

Die Wirtschaft in Deutschland befand sich im Jahr 2016 in einer sehr guten Verfassung.

Das Bruttoinlandsprodukt war um etwa 1,9% höher als im Vorjahr und stieg damit so stark wie zuletzt in 2011. Gestützt wurde das Wachstum besonders von dem Konsum und der Binnennachfrage. Die Konsumausgaben des Staates waren um 4,2% höher als im Vorjahr. Der private Konsum wuchs um 2,0%, angeregt durch höhere Einkommen und eine gute Lage auf dem Arbeitsmarkt bei moderaten Steigerungen des Preisniveaus. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in 2016 in Deutschland auf 43,5 Millionen. Die Arbeitslosenquote lag infolgedessen auf dem niedrigsten Niveau der letzten Jahre.

Die Unternehmensinvestitionen stiegen um 2,5%. Die Exporte deutscher Unternehmen fielen dagegen niedriger aus als im Vorjahr.

Der Staat konnte das dritte Jahr in Folge einen Überschuss erwirtschaften - insbesondere aufgrund des günstigen gesamtwirtschaftlichen Umfeldes sowie der außergewöhnlichen Umstände mit extrem niedrigen Zinsen an den Finanz- und Kapitalmärkten. Der Finanzierungsüberschuss des Staates betrug rund € 10,4 Mrd.

##### **Die Versicherungsbranche steht für Stabilität in Zeiten des Umbruchs**

Die deutschen Versicherer erzielten in 2016 erneut stabile Beitragseinnahmen, bei einem sehr herausfordernden Umfeld, das weiterhin geprägt war von Niedrigzinsen.

Das neue europäische Aufsichtsregime Solvency II und damit auch das durch die 10. VAG-Novelle geänderte Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) sind am 01.01.2016 in Kraft getreten. Den neuen Solvabilitätsanforderungen liegt eine ganzheitliche, prinzipienbasierte Risikobetrachtung zugrunde.

# Lagebericht

## Entwicklung der privaten Krankenversicherung

Das Wachstum der privaten Krankenversicherung (PKV) setzte sich auch in 2016 fort. Der Trend zu privater Vorsorge, um den Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) aufzustocken, hielt an. Die Anzahl der Verträge in der Zusatzversicherung übersprang erstmalig die 25-Millionen-Marke. Auch in der Vollversicherung verbesserte sich die Lage der PKV: Im Gesamtjahr war ein geringfügig negativer Saldo im Nettoneuzugang von -0,2% zu verzeichnen, wobei im zweiten Halbjahr 2016 erstmals seit 2012 ein leicht positiver Saldo erzielt wurde. Die Beitragseinnahmen in der PKV erhöhten sich in 2016 um 1,1%.

Die PKV setzte außerdem wichtige Weiterentwicklungen und positive Neuerungen für die Versicherten erfolgreich um:

- Der Tarifwechsel-Leitfaden, der verdeutlicht, dass die Versicherten in der PKV in jeder Lebenslage echte Wahlfreiheiten und Alternativen haben, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen, trat in Kraft und fand positive Resonanz bei Versicherten, Politik und Unternehmen.
- Die intensiven Verhandlungen von PKV-Verband und Bundesärztekammer über die Reform der Gebührenordnung wurden fortgesetzt.
- Um den Herausforderungen der Digitalisierung gerecht zu werden, arbeitete der PKV-Verband an einem E-Health-Projekt mit dem Ziel, allen Privatversicherten ein Äquivalent zur Gesundheitskarte zur Verfügung zu stellen.

Während die GKV durch aktuelle Gesetzesbeschlüsse und -vorhaben im Rahmen des Umbaus des Gesundheitswesens mit jährlich steigenden Mehrausgaben in Milliardenhöhe zu rechnen hat, war die PKV von gesetzlichen Regulierungen kaum betroffen. Die Schuldenlast in der GKV durch Nichtzahler bei freiwillig GKV-Versicherten baute sich binnen eines Jahres um 1,5 Milliarden Euro zusätzlich auf.

Mit dem Inkrafttreten des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes (PSG II) am 01.01.2016 wurde die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und des neuen Begutachtungsinstruments zur Feststellung von Pflegebedürftigkeit in der Pflegeversicherung ab 2017 gesetzlich verankert.

# Lagebericht

## Geschäftsverlauf

### Geschäftsergebnisse im Überblick

Mit dem Verlauf des Geschäftsjahres ist die FAMK zufrieden. Auch im abgelaufenen Jahr konnte das Unternehmen die Position als bedeutender Krankenversicherer innerhalb der Zielgruppen in Hessen verteidigen.

Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen von T€ 49.607 im Vorjahr leicht um 0,7% auf T€ 49.977 an. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle im Geschäftsjahr erhöhten sich dagegen deutlich von T€ 34.570 im Vorjahr um 14,9% auf T€ 39.720.

Die Kapitalanlagen trugen auch im Geschäftsjahr wieder einen wichtigen Anteil zu dem Gesamtergebnis bei. So konnte das Kapitalanlageergebnis nochmals um 7,8% auf T€ 10.713 (Vorjahr T€ 9.933) verbessert werden.

Der Gesamtüberschuss beläuft sich auf T€ 3.554 (Vorjahr T€ 7.533). Somit konnten im Geschäftsjahr erneut Mittel der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung zugunsten der Mitglieder zugeführt und das Eigenkapital des Unternehmens aufgestockt werden. Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden aus dem Gesamtüberschuss T€ 2.654 (Vorjahr T€ 6.033) zugeführt. Sie beläuft sich zum Bilanzstichtag auf T€ 17.319 (Vorjahr T€ 20.023). Das Eigenkapital des Unternehmens wurde um T€ 900 gestärkt und beträgt nun T€ 13.400 (Vorjahr T€ 12.500).

Der Vergleich der Aussagen im Prognosebericht des letztjährigen Geschäftsberichts mit den Geschäftsergebnissen 2016 zeigt folgendes Bild: Der prognostizierte leichte Bestandsrückgang ist eingetreten. Wie erwartet sind auch die Beitragseinnahmen in geringem Umfang gestiegen. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle sind entgegen der Erwartung nicht leicht, sondern aufgrund eines Sondereffektes deutlich um 14,9% gestiegen. Der prognostizierte leichte Rückgang der Verwaltungskostenquote ist mit 3,33% nach 3,56% im Vorjahr eingetreten. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen lag nicht wie erwartet unter dem Vorjahreswert von 3,78%, sondern mit 3,81% leicht darüber. Der Gesamtüberschuss lag nicht wie prognostiziert auf einem hohen Niveau, sondern sank gegenüber dem Vorjahr deutlich.

# Lagebericht

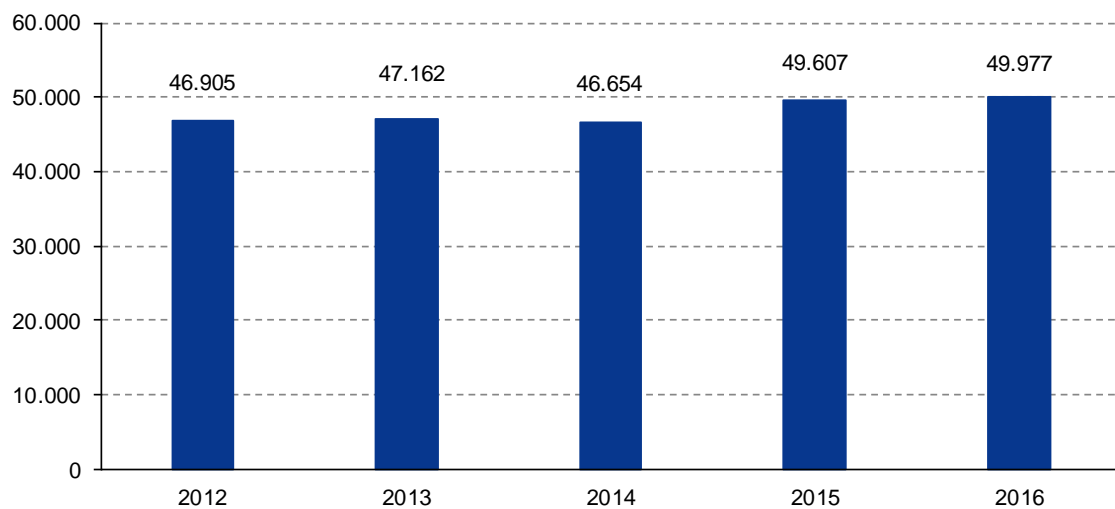
## Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich im Geschäftsjahr um T€ 370 bzw. 0,7% auf T€ 49.977 nach T€ 49.607 im Vorjahr.

Aus den Rückstellungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurden im Geschäftsjahr T€ 5.461 (Vorjahr T€ 7.828) entnommen und der Deckungsrückstellung zugeführt. Dieser Betrag wurde für Limitierungen von Beitragserhöhungen im Rahmen von Beitragsanpassungen verwendet.

Wie alle gesetzlichen Krankenkassen und privaten Krankenversicherungen ist auch die FAMK von der Nichtzahlerproblematik betroffen. Die zum 01.01.2009 eingeführte gesetzliche Versicherungspflicht führte im Ergebnis dazu, dass säumigen Beitragszahlern nicht mehr gekündigt werden kann. Nichtzahler werden vielmehr nach Abschluss des erfolglosen Mahnverfahrens in den Notlagentarif umgestellt. Der Notlagentarif regelt die Versorgung bei akuten Erkrankungen zu deutlich reduzierten Beiträgen. Zum Bilanzstichtag waren 100 Versicherungsverhältnisse (Vorjahr 107 Versicherungsverhältnisse) als ständige Nichtzahler einzustufen. Die Wertberichtigung der Forderungen an diese ständigen Nichtzahler war im Jahr 2016 um T€ 6 zu reduzieren (Vorjahr Erhöhung T€ 3).

**Gebuchte Bruttobeiträge in T€**





# Lagebericht

## **Bestandsentwicklung**

Die Entwicklung des Versichertenbestandes der FAMK im Geschäftsjahr zeigt ein sehr differenziertes Bild.

Insgesamt ergibt sich ein Rückgang des Versichertenbestandes auf 27.743 Personen (Vorjahr 28.080).

Jedoch setzte sich in der eigentlichen Zielgruppe der FAMK, den Beamten und Beamtenanwärtinnen, der positive Trend des Vorjahres auch im Geschäftsjahr fort. Der Bestand stieg leicht auf 17.271 Personen nach 17.239 Personen im Vorjahr.

Bei den Angehörigen war dagegen ein Rückgang von 5.963 Personen im Vorjahr auf 5.736 Personen zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist insbesondere auf die Abgänge der mitversicherten Kinder zurückzuführen, die eine Ausbildung beginnen und, wenn sie nicht der Zielgruppe angehören, nicht mehr bei der FAMK versichert werden können.

In der Gruppe der Anwartschaften ging der Bestand von 4.878 Personen im Vorjahr auf 4.736 Personen zurück.

# Lagebericht

## Aufwendungen für Versicherungsfälle

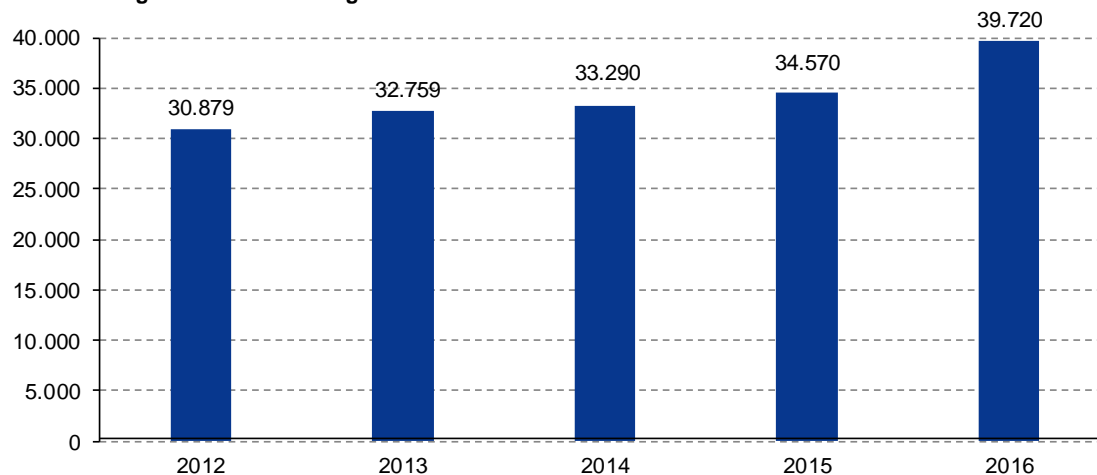
Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erhöhten sich im Geschäftsjahr um T€ 5.150 bzw. 14,9% deutlich auf T€ 39.720 nach T€ 34.570 im Vorjahr.

Der Anstieg der Zahlungen um 13,1% ist neben den allgemeinen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen vor allem auf eine Vereinbarung mit einer Beihilfestelle zur finalen Abrechnung von den beiden Vorjahren zurückzuführen. Zusätzlich wurden für die noch nicht final abgerechneten Jahre 2012-2014 Wertberichtigungen in Höhe von T€ 703 gebildet. Außerdem waren der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle T€ 500 zuzuführen (Vorjahr Auflösung T€ 100).

Von den Zahlungen für Versicherungsfälle einschließlich Schadenregulierungsaufwendungen wurden T€ 28.776 (Vorjahr T€ 27.319) für Geschäftsjahresschäden und T€ 10.444 (Vorjahr T€ 7.351) für Vorjahresschäden getätigt.

Die Schadenquote betrug 85,8% (Vorjahr 77,3%). Diese Quote zeigt, in welchem Umfang die Beitragseinnahmen unmittelbar in Versicherungsleistungen und Alterungsrückstellungen fließen. Sie umfasst damit nicht nur die Aufwendungen für gegenwärtige Erstattungsleistungen, sondern auch die Zuführungen zu den Alterungsrückstellungen für das mit dem Alter wachsende Krankheitskostenrisiko. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert jedoch in erster Linie aus dem oben beschriebenen Sondereffekt.

Aufwendungen für Versicherungsfälle in T€



# Lagebericht

## **Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb**

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb umfassen die Abschluss- und die Verwaltungsaufwendungen.

Die Abschlussaufwendungen erhöhten sich von T€ 706 im Vorjahr auf T€ 753. Die Abschlusskostenquote betrug 1,51% (Vorjahr 1,42%).

Die Verwaltungsaufwendungen sind von T€ 1.768 im Vorjahr auf T€ 1.666 gesunken. Die Verwaltungskostenquote reduzierte sich auf 3,33% nach 3,56% im Vorjahr.

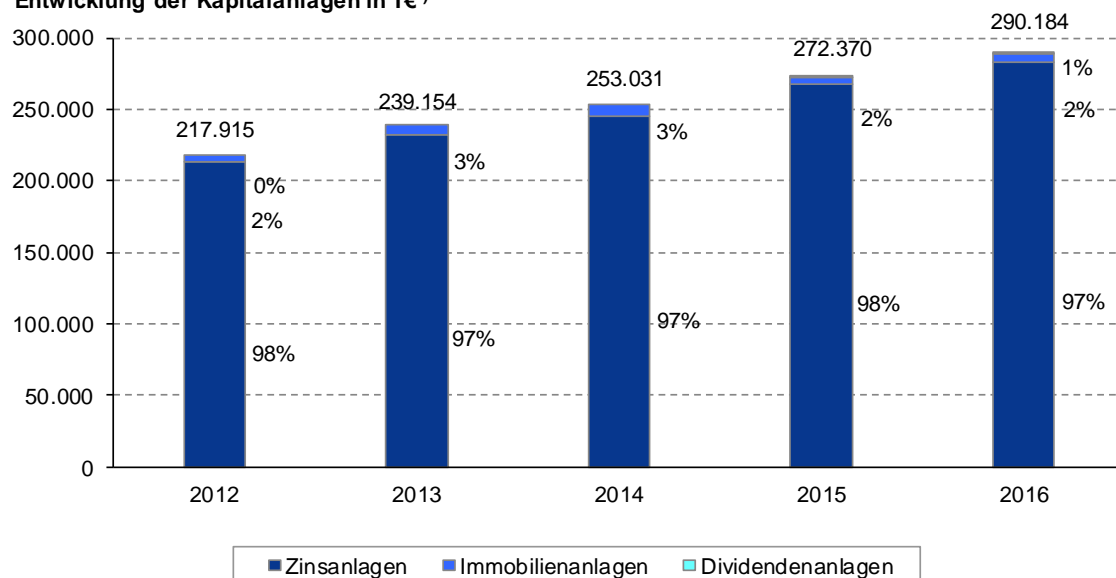
# Lagebericht

## Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

### Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen erhöhten sich um 6,5% auf T€ 290.184 (Vorjahr T€ 272.370).

Entwicklung der Kapitalanlagen in T€<sup>\*)</sup>



\*) In der Grafik wurden Investmentfonds den einzelnen Kapitalanlagearten Zins-, Dividenden- und Immobilienanlagen zugeordnet.

Der Anteil der Immobilien-Spezialsondervermögen an den gesamten Kapitalanlagen blieb unverändert bei 1,3%. Bei dem im Jahre 2015 gezeichneten Immobilien-Dachfonds mit einem Volumen von T€ 5.000 wurden in 2016 T€ 615 abgerufen. Am Bilanzstichtag betrug der Buchwert (unter Berücksichtigung von Kapitalrückzahlungen) T€ 1.677. Das entsprechende Volumen der Immobilienanlagen insgesamt zum Geschäftsjahresende betrug T€ 5.321 (Vorjahr T€ 4.869).

Zur weiteren Diversifikation der Kapitalanlagen zeichnete die FAMK im Vorjahr auch Private Equity-Dachfonds mit einem Zeichnungsvolumen von T€ 10.000, wovon in 2016 T€ 1.520 abgerufen wurden. Am Bilanzstichtag betrug der Buchwert (unter Berücksichtigung von Kapitalrückzahlungen) T€ 1.950 (Vorjahr T€ 492).

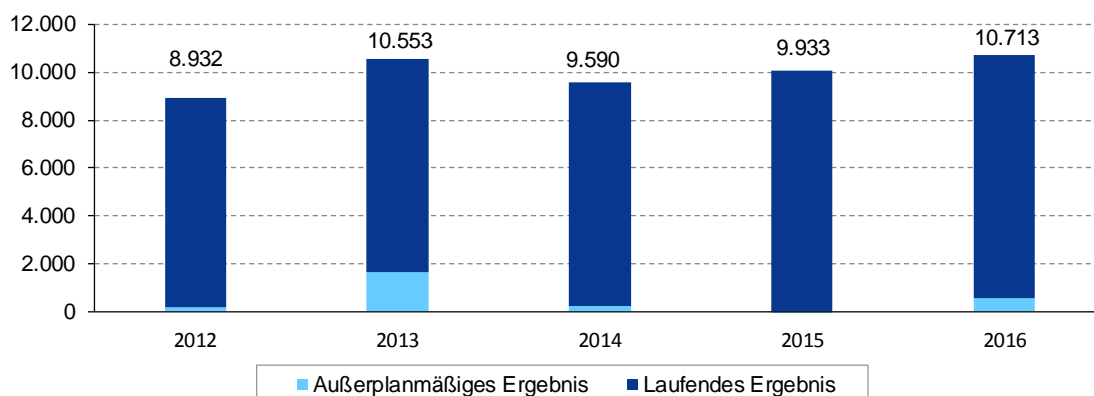
Wie im Vorjahr stand auch im Geschäftsjahr die Sicherheit der Anlagen im Vordergrund der Kapitalanlagestrategie. Neu- bzw. Wiederanlagen wurden schwerpunktmäßig in lang laufende gedeckte Zinsanlagen mit sehr guter Bonität getätigt. Die durchschnittliche Rating-Qualität des Zinsanlagenbestandes liegt auf Basis externer Ratings mit A und auf Basis interner Ratings mit AA- (gemäß Moody's) weiterhin auf einem hohen Niveau.

Der Anteil der direkt gehaltenen Zinsanlagen an den gesamten Kapitalanlagen ging geringfügig von 98,0% auf 97,5% zurück. Das Volumen der Namensschuldverschreibungen und Schuld-

# Lagebericht

scheindarlehen betrug dabei T€ 111.208 (Vorjahr T€ 112.104), das Volumen der Inhaberschuldverschreibungen T€ 167.558 (Vorjahr T€ 147.970). Die Einlagen bei Kreditinstituten sind von T€ 6.935 im Vorjahr auf T€ 4.147 zurückgegangen.

Entwicklung des Kapitalanlageergebnisses netto in T€



Das Nettoergebnis der Kapitalanlagen betrug T€ 10.713 nach T€ 9.933 im Vorjahr.

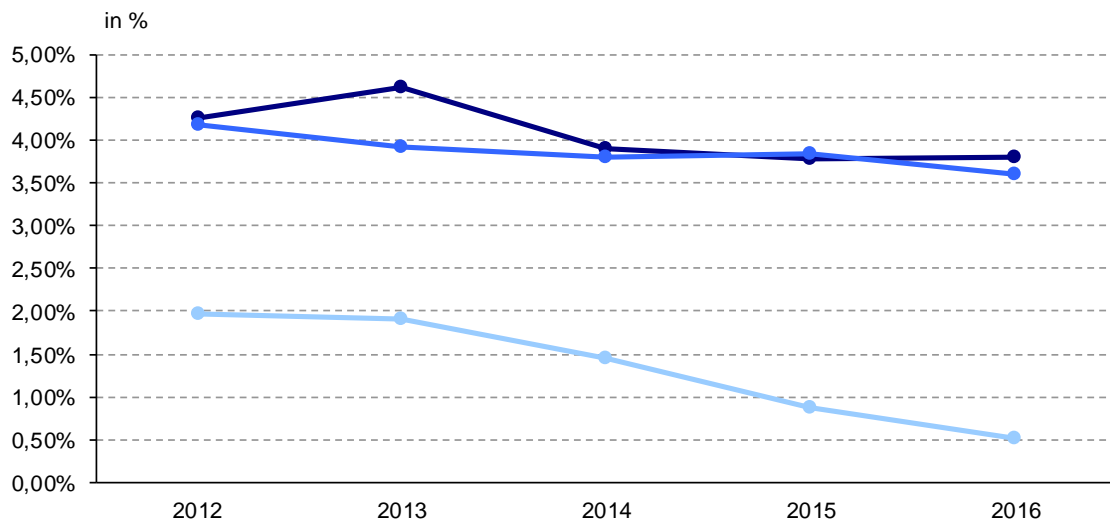
Kapitalanlageergebnis netto					
	2012	2013	2014	2015	2016
	T€	T€	T€	T€	T€
Laufende Erträge	8.838	9.039	9.480	10.308	10.368
Kosten für Vermögensverwaltung	-97	-106	-108	-228	-207
<b>Laufendes Ergebnis</b>	<b>8.741</b>	<b>8.933</b>	<b>9.372</b>	<b>10.080</b>	<b>10.161</b>
Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	191	1.620	217	418	552
Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0	0	0	-565	0
Erträge aus Zuschreibungen	0	0	0	0	0
Außerplanmäßige Abschreibungen auf Kapitalanlagen	0	0	0	0	0
<b>Außerplanmäßiges Ergebnis</b>	<b>191</b>	<b>1.620</b>	<b>217</b>	<b>-147</b>	<b>552</b>
<b>Kapitalanlageergebnis netto</b>	<b>8.932</b>	<b>10.553</b>	<b>9.589</b>	<b>9.933</b>	<b>10.713</b>

Im Jahr 2016 konnten laufenden Erträge in Höhe von T€ 10.368 (Vorjahr T€ 10.308) erwirtschaftet werden. Die laufenden Aufwendungen betragen T€ 207 (Vorjahr T€ 228).

Das außerplanmäßige Ergebnis lag bei T€ 552 (Vorjahr T€ -147).

# Lagebericht

## Verzinsung der Kapitalanlagen und Kapitalmarktzins

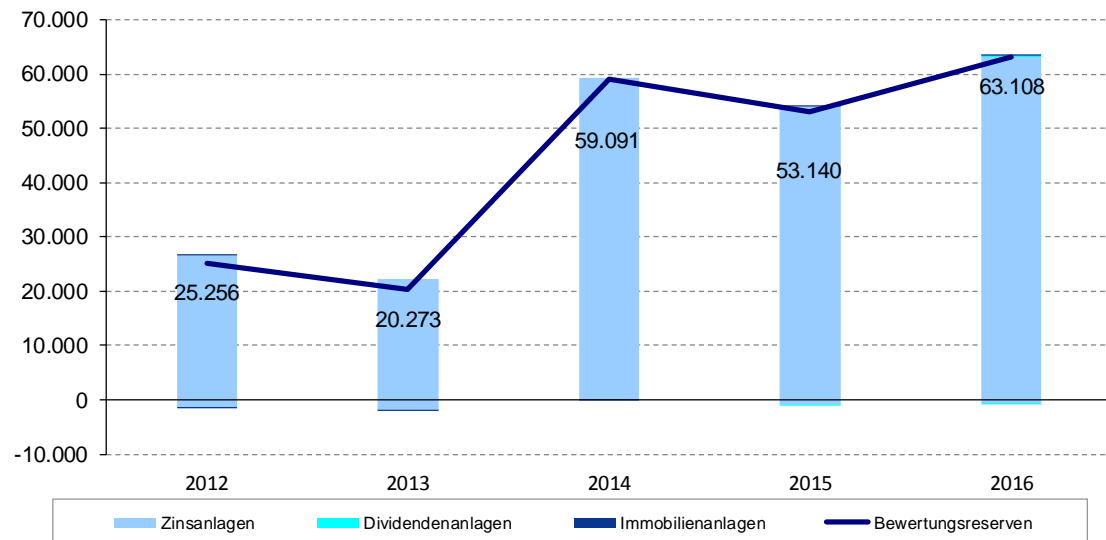


Verzinsung der Kapitalanlagen und Kapitalmarktzins					
	2012	2013	2014	2015	2016
Nettoverzinsung	4,26%	4,62%	3,90%	3,78%	3,81%
lfd. Durchschnittsverzinsung	4,17%	3,91%	3,81%	3,84%	3,61%
Durchschnitt 10J.EUR-Swap	1,96%	1,91%	1,46%	0,88%	0,52%

Die laufende Durchschnittsverzinsung fiel auf 3,61% (Vorjahr 3,84%), die Nettoverzinsung dagegen stieg von 3,78% im Vorjahr auf 3,81%. Grund für den Anstieg der Nettoverzinsung ist das positive außerplanmäßige Kapitalanlageergebnis in Höhe von T€ 552.

# Lagebericht

Entwicklung der saldierten Bewertungsreserven in T€



Entwicklung der saldierten Bewertungsreserven					
	2012	2013	2014	2015	2016
	T€	T€	T€	T€	T€
Bewertungsreserven	25.256	20.273	59.091	53.140	63.108

Gegenüber dem Jahresende 2015 sind die Zinsen deutlich gesunken, insbesondere im längeren Laufzeitbereich. Die Zinskurve wurde dadurch entsprechend flacher. Bei den Risiko-Spreads kam es im Geschäftsjahr überwiegend zu einer uneinheitlichen Entwicklung. Die saldierten Bewertungsreserven der FAMK sind in diesem Umfeld von T€ 53.140 im Vorjahr auf T€ 63.108 gestiegen.

Eine detaillierte Gegenüberstellung der Buch- und Zeitwerte sowie der Entwicklung der Kapitalanlagen befindet sich im Anhang auf Seite 52.

Die Kapitalanlagen bedecken zu 96,9% (Vorjahr 96,2%) die versicherungstechnischen Rückstellungen. Zum Bilanzstichtag besteht eine Überdeckung des Sicherungsvermögens von 9,6% (Vorjahr 8,1%).

# Lagebericht

## Ergebnisquellen

Jede der Ergebnisquellen Kapitalanlagen, Risiko und Kosten hat einen positiven Beitrag zum Ergebnis geleistet. Wie im Vorjahr hat das Risikoergebnis das stärkste Gewicht und ist auch ohne Berücksichtigung des Sicherheitszuschlags positiv. Daneben hat das Kapitalanlageergebnis trotz der angespannten Lage an den Finanzmärkten einen wertvollen Beitrag zum Erfolg geliefert

## Überschussverwendung

Der Gesamtüberschuss betrug im Geschäftsjahr T€ 3.554 (Vorjahr T€ 7.533) und kommt vollständig den Mitgliedern der FAMK zugute. Die Überschussverwendung erfolgt sowohl durch die Zuführung von Mitteln zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung zur späteren Limitierung notwendiger Beitragserhöhungen als auch durch die Zuführung zu den Rücklagen.

Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden T€ 2.654 (Vorjahr T€ 6.033) und dem Eigenkapital T€ 900 (Vorjahr T€ 1.500) aus dem Gesamtüberschuss zugeführt. Die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung beträgt am Bilanzstichtag T€ 17.319 (Vorjahr T€ 20.023).

Aus dem Ergebnis des Geschäftsjahres konnten den Mitgliedern der FAMK Mittel gemäß § 150 Abs. 2 und 4 VAG in Höhe von T€ 1.627 (Vorjahr T€ 1.062) gutgeschrieben bzw. für sie reserviert werden.

## Eigenkapital

Nach der Zuführung von T€ 900 aus dem Gesamtüberschuss beträgt das Eigenkapital am 31.12.2016 T€ 13.400 (Vorjahr T€ 12.500). Das Eigenkapital setzt sich zusammen aus der Verlustrücklage gem. § 193 VAG in Höhe von T€ 4.800 (Vorjahr T€ 4.600) und den anderen Gewinnrücklagen von T€ 8.600 (Vorjahr T€ 7.900).

Damit konnte die sehr gute Eigenkapitalausstattung der FAMK erneut gesteigert werden.

Das Eigenkapital dient der FAMK als sichere Basis für die laufende Geschäftstätigkeit und damit zur dauerhaften Erfüllung der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen. Die Eigenkapitalquote gemäß dem Kennzahlenkatalog der privaten Krankenversicherungen beläuft sich am 31.12.2016 auf 26,8% (Vorjahr 25,2%) und liegt damit deutlich über dem Marktdurchschnitt. Dabei liegt die Annahme zugrunde, dass die Veröffentlichungen des PKV für das Vorjahr auch für 2016 repräsentativ sind. Die Eigenkapitalquote ist definiert als das Verhältnis Eigenkapital zu verdienten Bruttobeiträgen und ist ein Maßstab für die Solvabilität des Vereins. Ein hohes Eigenkapital versetzt das Unternehmen in die Lage, kurzfristige Verluste auszugleichen.



# Lagebericht

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Personalarbeit richtet sich konsequent an den strategischen Zielen der FAMK aus. Insbesondere der Service für die Kunden soll permanent verbessert werden.

Dies können nur gut ausgebildete und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten, die die Bedürfnisse des Kunden in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen. Durch die Einführung und die Mitwirkung am kontinuierlichen Verbesserungsprozess entwickeln die Mitarbeiter neue Ideen und Lösungen für die erfolgreiche Weiterentwicklung der FAMK und tragen somit aktiv zum Unternehmenserfolg bei. Sie handeln freundlich, verbindlich, verständlich, kompetent, schnell und verstärken damit die Kundenbindung. Gerade für die FAMK mit ihrer stark regionalen und auf wenige Berufsgruppen fokussierten Mitgliederstruktur ist erlebbarer guter Service von besonderer Bedeutung.

Die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ist der FAMK wichtig. Das Angebot an zahlreichen Teilzeitmodellen trägt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie Rechnung.

<b>Zahlen und Fakten</b>		
	<b>2016</b>	<b>2015*</b>
Mitarbeiter (Stichtag 31.12.)	31	31
davon im Innendienst	31	31
im angestellten Außendienst	0%	0%
Auszubildende	0%	0%
Anteil Frauen	71%	74%
Anteil Männer	29%	26%
Teilzeitquote gesamt	23%	23%
Akademiker Innendienst (ohne Auszubildende)	6%	6%
Durchschnittsalter Innendienst (ohne Auszubildende; Durchschnitt in Jahren)	50,5	49,8
Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit Innendienst (ohne Auszubildende; Durchschnitt in Jahren)	18,5	17,4

\* Vorjahreswerte angepasst auf Grund des Wechsels von Durchschnittsangaben auf Stichtagsangaben

Die Dauer der Betriebszugehörigkeit und die geringe Fluktuationsquote zeigen, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im hohen Maße mit dem Verein identifizieren und ihn als attraktiven Arbeitgeber mit guten sozialen Leistungen wahrnehmen.

## Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

An dieser Stelle dankt der Vorstand ausdrücklich allen Beschäftigten für ihren Einsatz im vergangenen Jahr.

# Lagebericht

## Risikomanagement

### Ziele des Risikomanagements

Die FAMK ist im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit laufend einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt. Ziel des Vorstandes ist, diese Risiken durch eine aktive Risikosteuerung beherrschbar zu machen, um die nachhaltig positive Entwicklung des Unternehmens dauerhaft sicherzustellen.

Gemäß § 26 Abs. 1 VAG müssen Versicherungsunternehmen über ein wirksames Risikomanagementsystem verfügen, das in die Organisationsstruktur und die Entscheidungsprozesse des Unternehmens integriert ist. Das Risikomanagementsystem muss die Strategien, insbesondere eine auf die Steuerung des Unternehmens abgestimmte Risikostrategie, Prozesse und interne Meldeverfahren umfassen, die erforderlich sind, um Risiken, denen das Unternehmen ausgesetzt ist, zu identifizieren, zu bewerten, zu überwachen und zu steuern sowie aussagefähig über diese Risiken zu berichten.

Das verbindende Element der Unternehmenssteuerung und des Risikomanagements der FAMK ist das Risiko- und das Unternehmenscontrolling. Das Planungs- und Controlling-System zur strategischen und zur operativen Steuerung der FAMK ist integraler Bestandteil des Governance-Systems.

Das Risikomanagementsystem der FAMK umfasst sowohl die Risikosteuerung und -überwachung als auch die regelmäßige Berichterstattung über die durchgeführten Aktivitäten und Vorsorgemaßnahmen zur Risikobeherrschung und deren Ergebnisse. Damit soll sichergestellt werden, dass bestandsgefährdende, aber auch neue Risiken frühzeitig identifiziert, bewertet und in den bestehenden Steuerungskreislauf integriert werden.

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Methoden und Verfahren zur risikoorientierten Unternehmenssteuerung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die FAMK auch zukünftig die steigenden Herausforderungen eines sich immer schneller verändernden Marktes erfolgreich meistern und die Risiken aus ihren Geschäftsaktivitäten zielgerichtet steuern kann.

### Organisatorischer Aufbau des Risikomanagements

#### **Vorstand**

Der Vorstand der FAMK ist insbesondere verantwortlich für die Festlegung der Geschäftsstrategie und der daraus abgeleiteten Risikostrategie. Im Zuge dessen legt er Leitlinien für das Risikomanagement und für die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, kurz: ORSA) fest. Er gibt die Risikotoleranz der FAMK vor, überwacht die Einhaltung der Risikotragfähigkeit und das Risikoprofil und entscheidet bei wesentlichen risikorelevanten Ad-hoc-Ereignissen.

# Lagebericht

## **Unabhängige Risikocontrollingfunktion**

Die intern verantwortliche Person für die URCF der FAMK ist die Bereichsleitung Unternehmensplanung / Risikomanagement (UP/RM).

Die konzernweite Koordination der Risikomanagementaktivitäten sowie der Aktivitäten rund um die Säule 1 (Solvabilitätskapitalanforderungen) und die Säule 3 (Berichterstattung) von Solvency II ist die Aufgabe des Bereichs UP/RM.

Die intern verantwortliche Person für die URCF analysiert in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen regelmäßig die Gesamtrisikosituation der FAMK und stellt die unternehmensweite Abstimmung zu aktuellen Risikothemen sicher. Sie ermittelt die Solvabilitätssituation gemäß EIOPA<sup>1</sup>-Standardformel (Säule 1) und die Risikotragfähigkeit (Säule 2). Des Weiteren ist sie sowohl für das Meldewesen (Säule 3) als auch für die Durchführung des ORSA verantwortlich.

Die regelmäßige Berichterstattung über die Risikosituation der FAMK durch die intern verantwortliche Person für die URCF erfolgt an das nachfolgend beschriebene Risikokomitee sowie den Gesamtvorstand der FAMK, der den Aufsichtsrat unterrichtet, sowie an die Aufsichtsbehörde.

Durch zahlreiche Veranstaltungen und die Durchführung interner Weiterbildungsmaßnahmen rund um Solvency II fördert die intern verantwortliche Person für die URCF aktiv die laufende Weiterentwicklung der Risikokultur.

## **Zentrale Risikomanagement-Organisation**

Mittelpunkt der zentralen Risikomanagement-Organisation der FAMK ist das vom Vorstand einberufene Risikokomitee unter Leitung der intern verantwortlichen Person für die URCF der FAMK.

Risikokomitee-Mitglieder sind Fach- und Führungskräfte aus Bereichen mit Aufgabenschwerpunkten in der Risikosteuerung, der Verantwortliche Aktuar und die intern verantwortlichen Personen für die Schlüsselfunktionen Compliance-Funktion, interne Revisionsfunktion, URCF und versicherungsmathematische Funktion bei der FAMK. Die Compliance- und die interne Revisionsfunktion nehmen dabei im Risikokomitee eine beratende Rolle ein.

Im Risikokomitee erfolgt die regelmäßige Bewertung und Beratung der Risikosituation der FAMK, die Entwicklung von Maßnahmen zur Steuerung der Risikosituation, die Empfehlung von Maßnahmen an den Vorstand und nach Entscheidung das laufende Umsetzungscontrolling.

Ebenfalls Bestandteil der zentralen Risikomanagement-Organisation ist das Anlage-Komitee als wesentliches und zentrales Element der Kapitalanlagesteuerung.

## **Dezentrale Risikomanagement-Organisation**

Zusätzlich zur zentralen Risikomanagement-Organisation verfügt die FAMK über eine dezentrale Risikomanagement-Organisation mit dezentralen Risikobeauftragten (DRB) und bereichsübergreifenden Arbeitskreisen zu den Themen Planung, Steuerung und Risikobewertung.

---

<sup>1</sup> European Insurance and Occupational Pensions Authority – Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung

# Lagebericht

Mit Hilfe der DRB aus den Fachbereichen findet das spezifische Fachwissen der operativ tätigen Bereiche Eingang in das Risikomanagement. Neben der regelmäßigen Identifikation und Bewertung der Einzelrisiken beobachten die DRB laufend die Risiken in ihren Bereichen. Über die regulären Risikomeldungen hinaus nutzen die DRB bei Vorliegen bedenklicher Entwicklungen in den Fachbereichen die Möglichkeit der außerordentlichen Berichterstattung an die intern verantwortliche Person für die URCF und ggf. die ebenfalls betroffene Schlüsselfunktion.

## **Interne Revision des Risikomanagementsystems**

Die Interne Revision der FAMK ist aufgrund ihrer allgemeinen Aufgabenstellung und ihrer prozessunabhängigen Position zuständig für die unternehmensinterne Prüfung der Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems.

Im Geschäftsjahr wurden folgende Teilaspekte des Risikomanagements durch die Interne Revision geprüft: ORSA, Strategische Unternehmensplanung, Vergütungssysteme und Eigenmittelmanagement.

## Risikostrategie

Aus den vom Vorstand verabschiedeten geschäftspolitischen Zielen wird die Risikostrategie abgeleitet, die sich an der vorhandenen Kapital- und Liquiditätsausstattung sowie der vom Vorstand gerade noch akzeptierten Ertragsvolatilität der FAMK orientiert. Mit dem Ziel der jederzeitigen Erfüllung interner und externer Ansprüche wurden vom Vorstand für die FAMK mehrere Zielgrößen festgelegt, die zur risikoorientierten Steuerung im jeweiligen Berichtszeitraum und zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit eingesetzt werden. Die Einhaltung der Zielgrößen wird laufend im Risikokomitee und im Anlage-Komitee überwacht.

## Risikobewertung nach Solvency II – Säule 1

### **Risikokapitalbedarf und Solvabilitätssituation**

Zur Ermittlung der Solvabilitäts- und der Mindestkapitalanforderung gemäß EIOPA-Standardformel für den jeweiligen Bewertungsstichtag und die regelmäßigen Erwartungs- und Planungsrechnungen setzt die FAMK ein eigenes quantitatives Berechnungsmodell ein, das FAMK Mehrwert-Modell (FMM). Darin wird der ganzheitliche Planungs- und Risikomanagementprozess der FAMK abgebildet.

## Risikobewertung nach Solvency II – Säule 2

Die intern verantwortliche Person für die URCF initiiert und koordiniert die regelmäßige Pflege und Aktualisierung der Risikokataloge. Die nachfolgend beschriebene Risikoinventur durch die DRB erfolgt in enger Abstimmung mit den Bereichsleitern, die für die Freigabe der Risiken in der FAMK Risikomanagement-Software (FRS) verantwortlich sind.

# Lagebericht

## **Risikoidentifikation**

Bei der FAMK werden Risiken im Rahmen einer halbjährlichen Risikoinventur identifiziert. Die Identifikation der Risiken erfolgt durch die DRB in den Fachbereichen. Die Risiken werden für alle relevanten Managementprozesse nach Risikoarten zusammengefasst und über die FRS nach einheitlichen Kriterien abgebildet. Dabei werden in der FRS Risikobezugsgrößen definiert sowie interne und externe Risikoursachen dargestellt.

## **Risikobewertung**

Alle identifizierten Risiken werden von den DRB anhand unterschiedlicher Bewertungsmaßstäbe wie Markt-, Wettbewerbs- und Umfeldanalysen quantitativ bewertet. Risiken, die sich nicht auf Basis von langjährigen Zahlenreihen und statistischen Entwicklungen messen lassen, insbesondere operationelle Risiken, werden mittels Expertenschätzung beurteilt.

Die Risiken werden in eine Matrix aus Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkungshöhe eingruppiert. Das Produkt aus den beiden vorgenannten Einzelbewertungen ergibt den Erwartungswert des Risikos. Für die Klassifizierung der Risiken legt die FAMK hinsichtlich der Relevanz Wesentlichkeitsschwellen fest. Hierdurch werden Risiken herausgefiltert, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig schädigen können und deshalb erhöhter Managementaufmerksamkeit bedürfen.

## **Risikosteuerung und -überwachung**

Ebenso wichtig wie die Identifikation und Bewertung von Risiken sind klare Richtlinien und Vorgaben zur Ergreifung von geeigneten Gegenmaßnahmen zu den identifizierten Risiken. Die Risikosteuerung und die laufende Risikoüberwachung erfolgt in der FAMK sowohl zentral als dezentral. Die DRB sind für die Analyse und Steuerung der Risiken in den operativen Geschäftsbereichen zuständig. Als Instrument zur Abbildung und zur Umsetzungsüberwachung von verabschiedeten Maßnahmen nutzen die DRB ebenfalls die FRS, die auch das Hinterlegen entsprechender Risikokennzahlen und Limite vorsieht.

## **Ad-hoc-Risikomeldungen**

In eilbedürftigen Fällen zeigen die DRB bei der intern verantwortlichen Person für die URCF ad hoc bestandsgefährdende oder neue, als wesentlich beurteilte Risiken an.

## **Risikotragfähigkeit im risikoorientierten Steuerungssystem**

Die Summe der Erwartungswerte für den Eintritt der in der FRS erfassten Risiken definiert das Risikopotential im risikoorientierten Steuerungssystem. Die Auslastung der vom Vorstand festgelegten Risikolimite wird laufend im Risikokomitee und Anlage-Komitee überwacht.

# Lagebericht

## Risikoberichterstattung und Berichterstattung nach Solvency II – Säule 3

Das bei der FAMK installierte Melde- und Berichtswesen basiert sowohl auf der fachlichen Verantwortung der Schlüsselfunktionen und der DRB als auch auf klar definierten Meldewegen. Die Prozesse im Zusammenhang mit dem qualitativen und quantitativen Berichtswesen in Säule 3 sind Bestandteile der Risikomanagementprozesse.

### **Interne Kommunikation und Berichterstattung**

Die DRB unterrichten die intern verantwortliche Person für die URCF im Rahmen der Risikoinventur sowie gegebenenfalls ad hoc über die Entwicklung der Risiken der Fachbereiche.

Die intern verantwortliche Person für die URCF berichtet regelmäßig im Risikokomitee und an den Vorstand über die aktuelle Risikosituation bzw. Solvabilitätssituation. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden ebenfalls im Risikokomitee präsentiert und diskutiert. Bei signifikanten Veränderungen der Risikosituation und bei besonderen Schadenfällen ist die sofortige Berichterstattung an den Gesamtvorstand sichergestellt. Des Weiteren werden die Compliance- und die interne Revisionsfunktion regelmäßig informiert.

### **Berichterstattung an die Aufsicht**

Die regelmäßige aufsichtliche Berichterstattung unter Solvency II umfasst

- einen jährlichen Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (Solvency and Financial Condition Report - SFCR),
- einen regelmäßigen aufsichtlichen Bericht (Regular Supervisory Report – RSR),
- jährliche und vierteljährliche quantitative Berichtsformulare (Jahresmeldung / Quartalsmeldung) und
- einen Bericht über die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA-Bericht).

### **Berichterstattung an die Öffentlichkeit**

Die FAMK veröffentlicht neben dem jährlichen Geschäftsbericht – bestehend aus Jahresabschluss und Lagebericht – den SFCR auf der Webseite.

### **Berichterstattung an die Europäische Zentralbank**

Die vierteljährlich einzureichende quantitative EZB-Statistik wird jeweils im Rahmen der Quartalsmeldungen über die BaFin-Meldeplattform an die Bundesbank übermittelt.

# Lagebericht

## ORSA-Durchführung

Gemäß § 27 Abs. 1 VAG gehört zu einem Risikomanagementsystem eine unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA), die Versicherungsunternehmen regelmäßig sowie im Fall wesentlicher Änderungen in ihrem Risikoprofil unverzüglich vorzunehmen haben. Die Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung muss fester Bestandteil der Geschäftsstrategie des Unternehmens sein und kontinuierlich in die strategischen Entscheidungen einfließen.

Bei der FAMK stellt der ORSA-Prozess ein wichtiges Bindeglied zwischen der Unternehmenssteuerung und dem Risikomanagement dar. Als Instrument der Selbsteinschätzung unter Berücksichtigung des spezifischen Risikoprofils, der festgelegten Risikotoleranzlimite und der Geschäftsstrategie beinhaltet der ORSA der FAMK insbesondere

- die Beurteilung der jederzeitigen Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen,
- die Beurteilung der jederzeitigen Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die versicherungstechnischen Rückstellungen,
- die Beurteilung der Angemessenheit der Standardformel bei der Abbildung des Risikoprofils,
- die Ermittlung und Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs,
- die Beurteilung der Signifikanz möglicher Abweichungen des Risikoprofils von den Annahmen, die der Berechnung des Solvabilitätskapitalbedarfs zugrunde liegen,
- die Durchführung von Szenarioanalysen und
- Aussagen zu Erkenntnissen und möglichen Entscheidungen sowie Maßnahmen aus dem ORSA.

Der ORSA-Prozess der FAMK wird jährlich durchgeführt. Hierbei findet durch die zeitliche Synchronisierung des regelmäßigen ORSA und der Mehrjahresplanung die Verknüpfung von Risikomanagement und mittelfristiger Unternehmenssteuerung statt. Ein nicht regelmäßiger ORSA wird immer dann eingeleitet, wenn seit dem letzten ORSA-Prozess signifikante Änderungen des Risikoprofils zu verzeichnen sind.

## Versicherungstechnische Risiken

Im Zusammenhang mit den versicherungstechnischen Risiken sind die Beitragskalkulation und die Risikovorsorge von zentraler Bedeutung.

Bei der FAMK werden die Beiträge mit vorsichtigen Rechnungsgrundlagen und den erforderlichen Sicherheiten kalkuliert, um die dauerhafte Erfüllbarkeit aller vertraglichen Verpflichtungen während der gesamten Versicherungsdauer sicherzustellen. Dabei werden für jeden Tarif zumindest jährlich die erforderlichen mit den kalkulierten Versicherungsleistungen verglichen und eine Überprüfung der angesetzten Sterbewahrscheinlichkeiten durchgeführt; für die Tarife nach Art der Lebensversicherung ist dies gemäß § 155 Abs. 3 u. 4 VAG gesetzlich vorgeschrieben. Bei einer nicht nur als vorübergehend anzusehenden Abweichung werden im Zuge der erforderlichen Nachkalkulation der Beiträge dann auch die übrigen unten aufgeführten Rechnungsgrundlagen überprüft und gegebenenfalls an die geänderten Verhältnisse angepasst. Sowohl

# Lagebericht

der Verantwortliche Aktuar als auch der unabhängige mathematische Treuhänder bestätigen unter Berücksichtigung von ausreichenden Sicherheiten die Angemessenheit sämtlicher für die Kalkulation herangezogener Rechnungsgrundlagen.

Darüber hinaus werden neue Tarife der FAMK durch den mathematischen Treuhänder geprüft und erst nach dessen Unbedenklichkeitserklärung eingeführt, um das Risiko einer gesetzlichen Haftung gemäß § 155 Abs. 3 Satz 4 VAG zu mindern.

## **Krankheitskostenrisiko**

Das Risiko von Verlusten oder ungünstigen Veränderungen der Versicherungsleistungen, das aus der Veränderung der Höhe oder des Trends der Krankheitshäufigkeiten entsteht, wird als Krankheitskostenrisiko bezeichnet. Bei der Krankenversicherung ist außerdem das Risiko aus einer anders als erwartet verlaufenden Entwicklung der Ausgaben für medizinische Behandlungen zu berücksichtigen.

Die FAMK geht auch für die Zukunft von einer weiteren Verbesserung der medizinischen Behandlungsmöglichkeiten und einer damit einhergehenden Kosteninflation im Gesundheitswesen aus. Das Verhältnis der erforderlichen zu den kalkulierten Versicherungsleistungen wird deshalb jährlich überprüft. Für das Neugeschäft und für Vertragsänderungen bestehen Annahmerichtlinien, um risikogerechte Beiträge sicherzustellen.

## **Langlebigkeitsrisiko**

Das Langlebigkeitsrisiko ist das Risiko, dass eine versicherte Person länger lebt als der Beitragskalkulation zugrunde gelegt wurde.

Die Sterblichkeitsentwicklung in der privaten Krankenversicherung wird vom PKV-Verband fortlaufend systematisch überwacht. Veränderungen bei der Sterblichkeit führen zeitnah zu einer neuen PKV-Sterbetafel, die von der Aufsichtsbehörde veröffentlicht wird. Die FAMK verwendet bei jeder Neu- und Nachkalkulation (Beitragsanpassung) die jeweils aktuellste Fassung der jährlich veröffentlichten PKV-Sterbetafel.

## **Stornorisiko**

Das Stornorisiko ist das Risiko von Verlusten oder Veränderungen der Verpflichtungen infolge einer Veränderung der Stornowahrscheinlichkeiten bzw. des Stornoverhaltens.

Die von der FAMK im Rahmen der Kalkulation verwendeten Stornotafeln werden jährlich einer Überprüfung unterzogen und, falls notwendig, dem veränderten Stornoverhalten angepasst. Für Verträge in der Krankheitskostenvollversicherung, die ab dem 01.01.2009 abgeschlossen wurden, gilt, dass beim Wechsel eines Versicherten zu einem anderen Krankenversicherungsunternehmen der Teil der Alterungsrückstellung, der dem Leistungsumfang des sog. „Basistarifs“ entspricht, an das andere Unternehmen übertragen wird. Durch die Mitgabe des Übertragungswertes wird nur noch ein geringer Teil der kalkulatorischen Alterungsrückstellung an das verbleibende Kollektiv vererbt. Die FAMK verwendet zur Finanzierung des Übertragungswertes ein Berechnungsverfahren, in dem unter Berücksichtigung der veränderten Vererbung die kalkulatorischen Stornowahrscheinlichkeiten entsprechend abgesenkt werden.



# Lagebericht

## **Rechnungszinsrisiko**

Das Rechnungszinsrisiko besteht darin, dass das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen nicht ausreicht, um die kalkulatorisch unterstellte Verzinsung zu erwirtschaften.

Der Höchstrechnungszins in der privaten Krankenversicherung für die Beitragsberechnung und die Berechnung der Alterungsrückstellung liegt gemäß Versicherungsaufsichtsgesetz und Kalkulationsverordnung bei 3,5 % und wurde bei der Kalkulation der geschlechtsabhängig kalkulierten Tarife (Bisex-Tarife) bis zum Einsetzen der gegenwärtigen Niedrigzinsphase langjährig verwendet.

Gegenüber der tatsächlich erwirtschafteten Verzinsung der Kapitalanlagen ist für die Festlegung des Rechnungszinses ein angemessener Abschlag zu verwenden. Die Prüfung, ob der Ansatz des Rechnungszinses angemessene Sicherheiten enthält, erfolgt einmal jährlich im Rahmen der Beitragsanpassung durch den Verantwortlichen Aktuar mit anschließender Zustimmung durch den unabhängigen mathematischen Treuhänder. Der Rechnungszins wird dabei mittels des Verfahrens zur Ermittlung des aktuariellen Unternehmenszinses (AUZ) überprüft. Das AUZ-Verfahren wurde von der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde zum Nachweis eines ausreichenden unternehmensindividuellen Rechnungszinses entwickelt.

Für die geschlechtsunabhängig kalkulierten Tarife (Unisex-Tarife) wurde bereits bei Tarifeinführung ein Rechnungszins deutlich unter 3,5 % angesetzt. Ein Absenkungsbedarf darüber hinaus ist zurzeit nicht erkennbar.

Die über den Rechnungszins hinaus erwirtschafteten Kapitalanlagerenditen werden fast vollständig zur Beitragsermäßigung im Alter verwendet.

## **Kostenrisiko**

Das Kostenrisiko ist das Risiko, das aus einer anders als erwartet verlaufenden Entwicklung des Kostenergebnisses resultiert.

Die Entwicklung der Kosten wird quartalsweise überprüft. Veränderungen werden sukzessive im Rahmen von Beitragsanpassungen in der Beitragskalkulation berücksichtigt.

## **Risiko Geschlechterzusammensetzung bei geschlechtsunabhängig kalkulierten Tarifen**

Bei den Unisex-Tarifen werden für Männer und Frauen einheitliche Beiträge erhoben. Dadurch kann es zu einer Abweichung der tatsächlichen von der kalkulatorisch angesetzten Geschlechterzusammensetzung kommen. Bei der Ermittlung der Geschlechterzusammensetzung sind auch Tarifwechsel von den Bisex-Tarifen in die neuen Unisex-Tarife zu berücksichtigen, die zu Änderungen des jeweiligen Geschlechteranteils führen können.

Die FAMK simuliert mögliche Tarifwechselbewegungen und legt auf dieser Grundlage die kalkulatorische Geschlechterzusammensetzung mit angemessenen Sicherheiten fest.

# Lagebericht

## Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft in Höhe von T€ 19.008 bestehen an Versicherungsnehmer und Abrechnungsstellen (Beihilfeforderungen). Zur Risikovorsorge wurden diese Forderungen mit 6,5% wertberichtigt.

## Risiken aus Kapitalanlagen

Bei der FAMK, die für ihre Mitglieder die langfristige Absicherung von individuell nicht finanzierbaren Risiken übernimmt, ist Sicherheit das Kernelement der Risikostrategie. Dies stellt hohe Ansprüche an die Finanzkraft der FAMK und damit insbesondere an das Management der Kapitalanlagen.

Die interne Kapitalanlagerichtlinie gibt den Rahmen des Kapitalanlagemanagements vor. Sie beschreibt den Investmentprozess, die risikobegrenzenden Limite und die Organisationsstruktur. Die grundsätzliche Ausrichtung der Kapitalanlagen ist entsprechend der Unternehmensleitlinie auf Sicherheit abgestellt. Unter dieser Vorgabe zielt sie auf eine möglichst hohe Rentabilität ab, die bei jederzeit ausreichender Liquidität und angemessener Diversifikation erreicht werden soll.

Die Entwicklung der Kapitalanlagen wird kontinuierlich von mehreren Bereichen überwacht:

- Das Risikokomitee prüft die Auswirkungen von Kapitalanlageentscheidungen auf die Risikolage des Unternehmens.
- Die Unternehmensplanung hat die Erreichbarkeit der Unternehmensziele unter Berücksichtigung der Kapitalanlageergebnisse im Fokus.
- Das Anlage-Komitee berät über die Ertrags- und Risikosituation des Unternehmens und trifft allgemeingültige Anlageentscheidungen. Dabei wird die Wechselwirkung zwischen Kapitalanlage und Versicherungstechnik berücksichtigt, um die optimale Ausrichtung der Kapitalanlagestruktur zu gewährleisten.
- Das Kapitalanlagecontrolling überwacht die Umsetzung der strategischen Vorgaben für Kapitalanlagen und achtet auf die Einhaltung der risikobegrenzenden internen Anlagelimiten. Zusätzlich wird die Entwicklung des Portfolios laufend analysiert und darüber berichtet.

Die konsequente Umsetzung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften wird durch ein qualifiziertes Kapitalanlagemanagement, eine perspektivische Kapitalanlagepolitik und organisatorische Maßnahmen, wie die klare Trennung von Portfoliomanagement, Abwicklung und Risikocontrolling, sichergestellt. Derivative Finanzinstrumente und strukturierte Produkte werden strikt nach den dafür geltenden besonderen Bestimmungen behandelt und stehen unter ständiger Beobachtung. Sie werden zur Absicherung von Marktpreisrisiken und in Einzelfällen zur Ertragsvermehrung eingesetzt.

### **Investmentprozess**

Der Investmentprozess ist ganzheitlich mit der Unternehmenssteuerung verknüpft. Die Kapitalanlageplanung ist in die Unternehmensplanung integriert, das Kapitalanlagecontrolling ist in die

# Lagebericht

laufenden Risikomanagementverfahren eingebunden und mittels Asset-Liability-Auswertungen wird die zukünftige Unternehmensentwicklung überwacht.

Der Investmentprozess beginnt mit einer klaren Zielsetzung, die sich je nach Risikosituation des Unternehmens und je nach Einschätzung der Kapitalmärkte in einem Zielfortfolio widerspiegelt. Im Rahmen der Kapitalanlageplanung wird die Anlagestrategie für die kommenden Jahre erarbeitet, die zur angestrebten Struktur des Kapitalanlagebestandes führt und die gewünschten Ergebnisse erreichen kann. Die Umsetzung der Anlagestrategie in konkrete Transaktionen wird im Anlage-Komitee unter Teilnahme des Vorstandes, des Verantwortlichen Aktuars, Vertretern des Kapitalanlagecontrollings, des Risikokomitees und des Asset-Managements entschieden. Die beschlossenen Transaktionen werden vorschriftgemäß durchgeführt und strikt überwacht. Das empfängerorientierte Kapitalanlagereporting berichtet zeitnah über die Entwicklung der einzelnen Risikopotenziale und stellt mittels Szenariorechnungen die zukünftigen Kapitalanlageergebnisse dar.

Grundlagen dieses Prozesses sind eine klare Organisationsstruktur und die systemtechnische Ausstattung, die speziell auf die Verwaltung von Kapitalanlagen bei Versicherungsunternehmen ausgerichtet ist. Aufgrund der einheitlichen Datenbasis und einer zentralen Software für den Kapitalanlagebereich sind flexible Ad-hoc-Auswertungen jederzeit möglich.

Das FAMK Mehrwert-Modell führt das Risiko- und das Unternehmenscontrolling auf einer einheitlichen Datenbasis zusammen. Es wird unter anderem direkt von der Kapitalanlage-Software befüllt.

## **Marktpreisrisiko**

Das Marktpreisrisiko stellt die größte Risikoposition im Bereich der Kapitalanlagerisiken dar. Es ergibt sich aus möglichen negativen Zins- und Aktienkursänderungen sowie der Entwicklung weiterer preisbeeinflussender Faktoren, die sich auf den Zeitwert von Immobilien und Beteiligungen auswirken. Der größte Teil der Kapitalanlagen der FAMK entfällt mit 96,1% auf direkt gehaltene Ausleihungen und Inhaberschuldverschreibungen. Daher kommt der Entwicklung des Zinsniveaus eine erhebliche Bedeutung zu.

# Lagebericht

Die folgenden Ergebnisse der Szenarien gemäß dem Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS 20) bestätigen dies:

<b>Ergebnis Stresstest nach DRS 20</b>		
	<b>2016</b>	<b>2015</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Aktienkursveränderung	Marktwertveränderung aktienkurssensitiver Kapitalanlagen	
+ 20%	+402	+93
- 20%	- 402	- 93
Zinsänderung	Marktwertveränderung zinssensitiver Kapitalanlagen	
+ 100 Basispunkte	- 35.937	- 31.518
- 100 Basispunkte	+45.405	+39.264

Das Wechselkursrisiko beschreibt die negativen Auswirkungen von Devisenkursänderungen. Der Anteil der Kapitalanlagen, der in Fremdwährung investiert ist, stieg im Geschäftsjahr auf 5,3% (Vorjahr 2,9%) durch den Erwerb dänischer Covered Bonds an.

Die folgende Tabelle weist die Auswirkung auf die Kapitalanlagen aus:

<b>Wechselkursrisiko</b>		
	<b>2016</b>	<b>2015</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Währungskursveränderung	Marktwertveränderung Kapitalanlagen in Fremdwährung	
+10%	+1.563	+668
- 10%	- 1.563	- 668

Wertverluste bei Zinsanlagen sind als vorübergehend zu betrachten, solange aufgrund der Bonität bei Endfälligkeit von einer Rückzahlung zum Nennwert auszugehen ist. Dies ist bei Zinsanlagen mit einem Rating von mindestens BBB der Fall.

Bei den intern durchgeführten Stresstests, die an die früheren BaFin-Stresstests angelehnt sind, werden die Mindestanforderungen deutlich übertroffen.

Auf Unternehmensebene werden im Rahmen des ORSA verschiedene Szenarien bei ungünstiger Marktentwicklung simuliert und deren Auswirkungen analysiert.

Bei einer Änderung des Kapitalmarktzinses entwickeln sich die Zeitwerte von zinssensitiven Aktiva und zinsforderndem Fremdkapital gegenläufig. Deshalb wird die Asset-Liability-Betrachtung verstärkt in den Fokus der Kapitalanlageentscheidungen gestellt.

# Lagebericht

## Bonitätsrisiko

Ausfall- und Spreadrisiken bestehen zum einen in der Gefahr, dass ein Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt, und zum anderen in der Gefahr einer schlechteren Bonitätseinstufung des Emittenten, was einen höheren Risikoabschlag bei der Bewertung zur Folge hat. Die Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Emittenten erfolgt einerseits mittels eines Ratings einer anerkannten externen Agentur. Parallel dazu wird in einem internen Rating-Modell für jede Einzelanlage in Abhängigkeit ihres Ranges und ihrer Besicherung eine Ratingnote ermittelt. Die Aktualisierung der Ratings erfolgt kontinuierlich. Wegen der sicherheitsorientierten Anlagepolitik handelt es sich bei einem großen Teil der Zinsanlagen um Pfandbriefe bzw. durch Einlagensicherungseinrichtungen gedeckte Emissionen. Grundsätzlich wird durch die Festlegung von Mindestratings und strengen Limiten pro Anlageart, Emittent und Kontrahent eine Konzentration gleichartiger Risikofaktoren vermieden.

Zinsanlagen nach Ratingklassen*		
	2016	2015
	%	%
	Anteil an den gesamten Zinsanlagen	
AAA	39,8	34,9
AA	35,7	41,4
A	11,4	13,5
BBB	8,8	6,8
BB	0,2	0,2
B oder schlechter	4,1	3,3
Durchschnittsrating (nach Moody's WARF)	AA-	AA-
Durchschnittsrating (nach Solvency II)	A	A+

\* enthält direkte und indirekte Anlagen in Anleihen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen

Zinsanlagen nach Anlageart*		
	2016	2015
	%	%
	Anteil an den gesamten Zinsanlagen	
Staatsanleihen/staatsgarantierte Anleihen	43,3	40,3
Pfandbriefe	53,3	54,9
Bankanleihen/-darlehen	0,0	4,6
Unternehmensanleihen/-darlehen	3,2	0,0
Nachrangsanleihen/-darlehen	0,2	0,2

\* enthält direkte und indirekte Anlagen in Anleihen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen

# Lagebericht

## Konzentrationsrisiko

Das Konzentrationsrisiko beschreibt die Gefahr von höheren Verlusten durch Zahlungsausfälle aufgrund besonders hoher Anlagevolumina bei einem Geschäftspartner. Zur Steuerung dieses Risikos wurden Obergrenzen für besicherte und unbesicherte Anlagen festgelegt.

Darüber hinaus wird die Anlage pro Land in Abhängigkeit von der aktuellen Bonität und von der volkswirtschaftlichen Situation begrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass die FAMK überwiegend auf dem Heimatmarkt Deutschland und in den wirtschaftlich wichtigsten Ländern des EWR investiert.

Kapitalanlagen nach Land						
	Anteil Buchwert an den Kapital- anlagen in %	Zinsanlagen				Sonstige
		Buchwert	Staatsrisiko	Pfandbriefe	Unbesichert	
		in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
<b>Anteil Anlageklassen an Buchwert</b>		<b>100,0%</b>	<b>41,6%</b>	<b>51,2%</b>	<b>3,3%</b>	<b>3,9%</b>
Deutschland	21,8%	63.291	12.500	39.500	3.500	7.791
Frankreich	14,7%	42.862	18.116	24.746	0	0
Belgien	11,7%	33.932	33.932	0	0	0
Niederlande	8,5%	24.587	21.100	3.487	0	0
Großbritannien	8,2%	23.783	0	23.783	0	0
Spanien	7,7%	22.223	5.940	16.284	0	0
Italien	6,3%	18.354	0	18.354	0	0
Dänemark	5,3%	15.291	0	15.291	0	0
Österreich	4,7%	13.608	5.000	2.608	6.000	0
Luxemburg	4,6%	13.466	11.466	2.000	0	0
Tschechische Republik	2,6%	7.466	7.466	0	0	0
Polen	1,8%	5.183	5.183	0	0	0
Schweiz	1,2%	3.627	0	0	0	3.627
Irland	0,9%	2.511	0	2.511	0	0
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>100,0%</b>	<b>290.184</b>	<b>120.704</b>	<b>148.562</b>	<b>9.500</b>	<b>11.418</b>

Unter besonderer Beobachtung stehen Anleihen von hochverschuldeten Staaten des Euroraums. Es mussten keine Wertberichtigungen auf Anleihen betroffener Staaten im Anlagevermögen vorgenommen werden.

## Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko beschreibt die Gefahr von Veräußerungsverlusten, die durch Veräußerungen bei unerwarteten Geschäftsentwicklungen vorgenommen werden müssen. Die jederzeitige Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen wird durch eine aktive Laufzeiten-Steuerung der Zinsanlagen und durch die zentrale Überwachung sämtlicher Zahlungsströme des Unternehmens in der Liquiditätsplanung sichergestellt. Die Gewährleistung unerwarteter Zahlungsverpflichtungen

# Lagebericht

wird durch die Einteilung der Kapitalanlagen in Fungibilitätsklassen und der daraus resultierenden Liquiditätsquoten überwacht.

## Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeiter- und systembedingten oder aus externen Vorfällen. Die FAMK begegnet den operationellen Risiken durch eine Vielzahl von Maßnahmen, beispielsweise mit Limitsystemen im Kapitalanlagebereich und für Schadenzahlungen bzw. Leistungserstattungen, Zugriffsberechtigungen sowie umfassenden internen Kontrollen. Die wesentlichen Geschäftsprozesse und die Wirksamkeit der Internen Kontrollsysteme werden regelmäßig durch die Interne Revision überprüft.

## Internes Kontrollsystem

Das Interne Kontrollsystem (IKS) ist ein integraler Bestandteil des risikoorientierten Prozessmanagements. Im Prozessmanagementtool modellieren die Prozess-Designer insbesondere die für das IKS relevanten Prozesse mit den entsprechenden Risikoverweisen und Kontrollpunkten. Für die in der FRS dokumentierten identifizierten Risiken werden Kontrollen eingeführt bzw. bestehende Kontrollen zugewiesen.

## Compliance

Das Compliance-Risiko ist das Risiko eines Schadenseintritts zu Lasten der FAMK infolge nicht regelkonformen Verhaltens unternehmensangehöriger Personen. Compliance-Risiken sind insbesondere:

- öffentlich-rechtliche Maßnahmen (Strafen, Bußgelder oder andere behördliche Sanktionen gegen das Unternehmen oder unternehmensangehörige Personen),
- materielle Schäden (Verluste, entgangener Gewinn, zusätzlicher Verwaltungsaufwand),
- immaterielle Schäden in Form von Reputationsschäden (Imageschäden) infolge von Regelverstößen.

Die Compliance-Risiken werden unternehmensweit in der FRS durch die DRB erfasst und regelmäßig auf Aktualität überprüft. Der Compliance-Beauftragte stellt einmal im Jahr im Rahmen einer Veranstaltung mit den DRB das Thema Compliance-Risiken vor und gibt Hinweise zu ihrer Identifizierung und Erfassung, als Basis für die entsprechende jährliche detaillierte Validierung der Compliance-Risiken.

Die erfassten Compliance-Risiken werden vom Compliance-Beauftragten in der FRS eingesehen und auf Plausibilität überprüft. Außerdem überwacht der Compliance-Beauftragte, dass in den operativen Bereichen prozessintegrierte Kontrollen implementiert sind, um Compliance-Risiken effektiv zu begegnen.

In Einzelfällen hat er im Jahr 2016 Kontakt mit den Bereichsleitern und den DRBs aufgenommen, um bestimmte Risiken zu besprechen und ggf. eine Anpassung anzuregen. Der Schwerpunkt der Überprüfung der Compliance-Risiken lag in 2016 aber in der Umsetzung des novel-

# Lagebericht

lierten Versicherungsaufsichtsgesetzes, über die der Compliance-Beauftragte der Geschäftsleitung direkt berichtete.

## **Anti-Fraud-Management**

Zur Vermeidung von Risiken wie Diebstahl, Unterschlagung, Betrug und Geldwäsche hat die FAMK ein Anti-Fraud-Management-System eingerichtet. Fraudgefährdete Organisationseinheiten wurden im Rahmen von Betrugs-Gefährdungsanalysen durch die Interne Revision bezüglich Fraud-Risiken sensibilisiert. Für relevante Geschäftsprozesse wurden Kontrollen definiert, die der Abwehr von rechtswidrigen Handlungen dienen bzw. risikoreduzierend wirken sollen und durch die operativen Geschäftsbereiche zu überwachen sind. Die Fraud-Risiken sind ebenfalls in der FRS erfasst. Die internen Fraud-Risiken sind darüber hinaus Bestandteil der jährlichen bereichsindividuellen Besprechungen der Bereichsleiter und dezentralen Risikobeauftragten mit dem Compliance-Beauftragten.

## **Notfallpläne**

Die FAMK hat Notfallvorsorgekonzepte für den Fall einer Pandemie bzw. den Nutzungsausfall von Gebäuden erstellt, da ein zügiger und organisierter Umgang mit Ereignissen, die zum Ausfall von wesentlichen Bereichen, Prozessen und Ressourcen führen können, notwendig ist, um größere Schäden zu vermeiden bzw. diesen vorzubeugen. Ziel hierbei ist es, die Geschäftstätigkeit während eines möglichen Ausfalls aufrechtzuerhalten und die vollständige Betriebsfähigkeit innerhalb einer tolerierbaren Zeitspanne wiederherzustellen.

Die Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der IT-Systeme, auch nach einem Krisenfall, ist für die FAMK ein wesentliches operationelles Risiko. Für erkannte Einzelrisiken, z.B. das Risiko durch Datenverluste oder externe Angriffe auf die DV-Landschaft, wurden entsprechende Maßnahmen geschaffen, wie Backup-Systeme für Rechner und Datenbestände, Firewalls, Notfallplanungen, Zugangskontrollen und Berechtigungssysteme, die entweder den Eintritt des schädigenden Ereignisses verhindern oder die Folgen daraus beherrschbar machen.

## **IT-Sicherheit**

Im Zeitalter der Digitalisierung steht die IT-Sicherheit mehr denn je im Fokus. Das oberste Ziel der IT-Sicherheit der FAMK besteht in der Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben insbesondere im Hinblick auf den Schutz von Kundendaten und die Integrität der IT-Systeme.

Auch in 2016 wurden zahlreiche Maßnahmen umgesetzt bzw. fortgeführt, die ein modernes IT-Sicherheitsmanagement-System (ISMS) und ein hohes Sicherheitsniveau sicherstellen. Dazu gehörten die Konsolidierung und der Ausbau des ISMS sowie Maßnahmen rund um die technische Sicherheit der FAMK.

Die Aktivitäten zum Ausbau des ISMS bestanden in 2016 schwerpunktmäßig in der unternehmensübergreifenden Klassifizierung der eingesetzten Anwendungen, dem regelmäßigen Review der erfassten IT-Sicherheitsrisiken, der Weiterentwicklung des Regelwerks für die Umsetzung der IT-Sicherheit und sowie der Awareness-Schulung für die Mitarbeiter.



# Lagebericht

Eine wichtige Maßnahme war das Audit der IT-Sicherheit durch die Assekurata Management Services GmbH. Dieses Audit wurde mit dem Siegel "Geprüfte IT-Sicherheit" erfolgreich abgeschlossen.

## **Datenschutz**

Die FAMK ist dem Datenschutzkodex des GDV (Code of Conduct) beigetreten und arbeitet deshalb stets an dessen Einhaltung und der Verbesserung der Systeme. Im Mittelpunkt stand im Jahr 2016 dabei das Thema "Löschen und Sperren von personenbezogenen Daten".

Darüber hinaus wurden die bestehenden Anforderungen erfüllt, wie beispielsweise die Bearbeitung von Kundenanfragen oder die Überprüfung von Prozessen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Datenschutz.

Im Geschäftsjahr 2016 gab es keine meldepflichtigen Datenpannen im Sinne von § 42a BDSG.

## **Personalplanung und -entwicklung**

Um dem Risiko fachlich nicht ausreichend qualifizierter Mitarbeiter im Risikomanagementprozess entgegenzuwirken, informiert die intern verantwortliche Person für die URCF die dezentralen Risikobeauftragten quartalsweise über aktuelle Themen rund um Risikomanagement und Solvency II.

Dem Risiko personeller Engpässe wirkt die FAMK durch eine angemessene Personalausstattung entgegen, die mit Hilfe von quantitativen Personal- und Kapazitätsplanungen zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit in den einzelnen Organisationseinheiten erstellt wird.

Mit der Ausbildung von qualifizierten Nachwuchskräften sowie der flexiblen Arbeitszeitgestaltung und dem Angebot von zahlreichen Teilzeitmodellen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie vermindert die FAMK Risiken aufgrund der demographischen Entwicklung.

## **Fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit – fit & proper**

Gemäß den Bestimmungen des § 23 Absatz 3 VAG sowie des Art. 42 der Solvency II-Rahmenrichtlinie hat die FAMK einen Prozess implementiert, um die Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit von Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben innehaben, sicherzustellen. Als Rahmenregelung dient dabei die interne Leitlinie zu fit & proper. Zudem besteht ein Standard zur fit & proper-Bewertung und zur laufenden Dokumentation der Fort- und Weiterbildung der betroffenen Personen.

## **Reputationsrisiko**

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, das sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z.B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Behörden) ergibt. Ebenso wie das strategische Risiko ist das Reputationsrisiko in der Regel ein Risiko, das im Zusammenhang mit anderen Risiken auftritt. Es kann aber auch als Einzelrisiko auftreten.

# Lagebericht

Die FAMK begrenzt das Risiko der Ruf- und Imageschädigung des Unternehmens in der Öffentlichkeit, bei Kunden und Geschäftspartnern durch eine kontinuierliche Optimierung der Geschäftsprozesse und Qualifikation der Mitarbeiter. Dem Beschwerdemanagement wird ein hoher Stellenwert beigemessen.

Wesentliche Elemente des unternehmensindividuellen Beschwerdemanagementsystems sind die Bestimmung eines Vorstandsbeauftragten Beschwerdemanagement und mehrerer dezentraler Beschwerdekoordinatoren, die Etablierung einer Zentralen Arbeitsanweisung zum Beschwerdemanagement sowie die Erfassung und Analyse des gesamten Beschwerdeaufkommens. Der Vorstandsbeauftragte Beschwerdemanagement ist die zentrale "Beschwerdefunktion" im Sinne der aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Er nimmt die geforderte fortlaufende Beschwerdeanalyse vor, um zu gewährleisten, dass wiederholt auftretende oder systematische Probleme sowie potentielle rechtliche oder operationelle Risiken festgestellt und behoben werden. Jährlich erfolgt der an die BaFin zu erstattende Beschwerdebericht.

Zur Verbesserung der Vertriebs-Compliance ist die FAMK dem GDV-Verhaltenskodex für den Vertrieb beigetreten. Notwendige Prozesse zur Erfüllung des GDV-Verhaltenskodex sind eingerichtet und entsprechende Maßnahmen wurden umgesetzt. Die Beschreibung des Compliance Management Systems der FAMK zum GDV-Verhaltenskodex ist erstellt und implementiert. Zusätzlich wurde die Position des "Beauftragten Verhaltenskodex" geschaffen, der in die Compliance-Organisation der FAMK eingebunden ist und zum GDV-Verhaltenskodex Vertrieb die Einhaltung der geltenden Regelungen überwacht, die Beobachtung relevanter Rechtsänderungen durchführt und die Kommunikation dazu koordiniert.

## Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ist das Risiko, das sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen ergibt. Zu dem strategischen Risiko zählt auch das Risiko, das sich daraus ergibt, dass Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden. Strategisches Risiko ist in der Regel ein Risiko, das im Zusammenhang mit anderen Risiken auftritt. Es kann aber auch als Einzelrisiko auftreten.

Zur Verminderung dieser Risiken findet mindestens einmal im Jahr eine Überprüfung der Geschäftsstrategie und der geschäftspolitischen Ziele statt. Außerdem wird ebenfalls mindestens jährlich die Vereinbarkeit der Risikostrategie mit der Geschäftsstrategie überprüft und die Risikostrategie bei Bedarf angepasst.

## Risikotragfähigkeit und Bedeckung

Die Bedeckungssituation nach Solvency II wird regelmäßig ermittelt und im Rahmen der Berichterstattung nach Säule 3 an die BaFin und im SFCR auch an die Öffentlichkeit kommuniziert.

# Lagebericht

## Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Das Risikomanagementsystem der FAMK beinhaltet neben der regelmäßigen Ermittlung und Steuerung der quantitativen Risikosituation auch die laufende Berichterstattung über die durchgeführten Aktivitäten und Vorsorgemaßnahmen zur Risikobeherrschung. Es ist sichergestellt, dass auch neue Risiken identifiziert, bewertet und in den bestehenden Steuerungskreislauf integriert werden. Plötzlich auftretende Risiken werden über das installierte Ad-hoc-Berichtsverfahren an den Vorstand gemeldet. Die Instrumente zur Risikosteuerung werden kontinuierlich verfeinert. Der Vorstand der FAMK hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die maßgeblichen Risiken zu steuern und einer negativen Entwicklung des Unternehmens entgegenzuwirken.

Der Bestand der FAMK und die Interessen ihrer Mitglieder waren zu keinem Zeitpunkt im Geschäftsjahr 2016 gefährdet.

# Lagebericht

## Prognose- und Chancenbericht

### Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Die gute Lage der deutschen Wirtschaft in 2016 wird sich auch in 2017 fortsetzen. Dies spiegelt sich auch darin wider, dass erneut ein zunehmendes Bruttoinlandsprodukt prognostiziert wird – bereits im achten Jahr in Folge. Die deutsche Wirtschaft ist trotz der gedämpften weltwirtschaftlichen Perspektiven mit Unsicherheiten aufgrund von geopolitischen Konflikten, einer fragilen Weltkonjunktur sowie politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen in der Europäischen Union auf einem guten Weg.

Der Konsum bleibt in 2017 voraussichtlich die Hauptstütze der insgesamt günstigen konjunkturellen Entwicklung. Gestärkt wird die Binnennachfrage dabei durch niedrige Zinsen, den vergleichsweise schwachen Euro und durch moderate, wenn auch steigende Ölpreise. Dagegen könnte der Welthandel insbesondere durch protektionistische Strömungen beeinträchtigt werden. Dies dämpft die Aussichten für den Export. Der sich fortsetzende Beschäftigungsaufbau bildet zusammen mit merklichen Einkommenssteigerungen das Fundament für die anhaltende binnenwirtschaftliche Dynamik in Deutschland. Die zusätzliche Beschäftigung entsteht wie auch in den vergangenen Jahren vor allem in den Dienstleistungsbereichen. Der von der Bundesregierung für das Jahr 2017 erwartete Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts geht von 1,9% im Vorjahr zurück auf 1,4%. Für den Euroraum erwartet das Bundesministerium für Wirtschaft ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 1,5%.

Die positive Lohn- und Beschäftigungsentwicklung erhöht die nominalen Einkommen der privaten Haushalte, diese steigen im Jahr 2017 um etwa 2,9% (2016: 2,8%). Der nominale Konsum dürfte wegen der leicht rückläufigen Sparquote noch stärker zunehmen. Der Konsum bleibt daher auch im kommenden Jahr Wachstumstreiber für die Konjunktur in Deutschland. Die Sparquote sinkt den Prognosen zufolge leicht auf 9,7% (2016: 9,8%). Der staatliche Konsum sinkt im Jahr 2017 auf 2,3% (2016: 4,2%).

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird weiterhin günstig verlaufen. Die Arbeitslosenquote verringert sich voraussichtlich auf 6,0%.

### Branchentrends

Die PKV-Branche erwartet mittelfristig eine Verbesserung der Wettbewerbssituation der PKV im Vergleich zur GKV. Von der gestärkten Wettbewerbsposition der PKV könnte auch der Nettoneuzugang in der Vollversicherung profitieren. Ebenfalls positiv auf den Bestand in der PKV könnte sich die allmähliche Verlangsamung der Wachstumsdynamik hinsichtlich der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten auswirken, durch die sich der Wechselsaldo von der PKV zur GKV weiter ausbauen würde.

# Lagebericht

Zudem nimmt die Bedeutung von Zusatzversicherungen zur Absicherung des GKV-Leistungsniveaus weiter zu, deren Anzahl infolgedessen weiter auf ein Rekordniveau steigen könnte.

Insgesamt erwartet die PKV in 2017 ein etwas höheres Beitragswachstum als in 2016.

## Geschäftstendenzen

### **Neugeschäftsentwicklung**

Die FAMK erwartet im Jahr 2017 einen Neuzugang geringfügig unter Geschäftsjahresniveau.

### **Bestandsentwicklung**

Die FAMK rechnet im Jahr 2017 mit einem leichten Bestandsabrieb.

### **Beitragseinnahmen**

Für das Jahr 2017 geht die FAMK von einem geringen Beitragsrückgang aus.

### **Aufwendungen für Versicherungsfälle**

Im Jahr 2017 erwartet die FAMK zurückgehende Leistungsausgaben.

### **Verwaltungsaufwendungen**

Die FAMK rechnet im Jahr 2017 mit einem geringfügigen Anstieg der Verwaltungskostenquote.

### **Kapitalanlagen**

Auch im Jahr 2017 stellt das Kapitalanlagemanagement eine große Herausforderung dar. Es erfordert weiterhin ein umsichtiges und überwiegend risikovermeidendes Handeln. Die FAMK wird ihre sicherheitsorientierte Kapitalanlagestrategie konsequent fortsetzen und dabei zur Aufrechterhaltung einer angemessenen und nachhaltigen laufenden Verzinsung des Kapitalanlagebestandes wiederum schwerpunktmäßig in langlaufende gedeckte Zinsträger mit sehr guter Bonität investieren.

Außerdem wird der geplante Ausbau der Private Equity-Dachfonds und der Immobilien-Dachfonds zur Diversifikation der Kapitalanlagen beitragen.

Trotz der auch für das Jahr 2017 prognostizierten hohen Volatilität an den Kapitalmärkten erwartet die FAMK eine geringere Nettoverzinsung gegenüber dem Jahr 2016.

### **Personal**

Die Anzahl der Mitarbeiter bei der FAMK in der Direktion in Frankfurt am Main wird im Jahr 2017 etwas über dem Geschäftsjahresniveau liegen.

# Lagebericht

## **Ergebnis**

Die FAMK erwartet im Jahr 2017 einen Gesamtüberschuss über dem Geschäftsjahresniveau, der zur Stärkung der erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung und des Eigenkapitals verwendet werden soll.

Die tatsächlichen Entwicklungen und Ergebnisse können von den vorgenannten Planungen abweichen.

## Zusammenfassung

Die FAMK ist mit eigens auf den beihilfeberechtigten Kundenkreis zugeschnittenen Produkten und Serviceleistungen gut auf mögliche Herausforderungen vorbereitet, die sich durch branchenweite Entwicklungen ergeben können.

Im Fokus stehen für die FAMK auch zukünftig die persönliche Betreuung und die ganzheitliche Beratung ihrer Kunden vor Ort und die Nähe zu den Mitgliedern und deren Kollegen.

Frankfurt am Main, den 18.04.2017

**Freie Arzt- und Medizinkasse**  
der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG  
Der Vorstand

Kreibich

Schillinger

## Jahresabschluss

- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung
- Anhang

# Bilanz

## AKTIVSEITE

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
<b>I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten</b>				6	9
<b>B. Kapitalanlagen</b>					
<b>I. Sonstige Kapitalanlagen</b>					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			3.644		3.644
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			167.558		147.970
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen		71.608			71.504
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen		39.600			40.600
			111.208		112.104
4. Einlagen bei Kreditinstituten			4.147		6.935
5. Andere Kapitalanlagen			3.627		1.717
			290.184		272.370
<b>C. Forderungen</b>					
<b>I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:</b>					
1. Versicherungsnehmer		87			39
<b>II. Sonstige Forderungen</b>			164		316
			251		354



# Bilanz

AKTIVSEITE	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
<b>D. Sonstige Vermögensgegenstände</b>					
I. Sachanlagen und Vorräte			80		115
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			336		450
III. Andere Vermögensgegenstände			18.922		19.456
				19.338	20.021
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			5.330		5.063
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			33		62
				5.363	5.125
<b>Summe der Aktiva</b>				<b>315.141</b>	<b>297.880</b>

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Frankfurt am Main, den 31.03.2017

Der Treuhänder  
Eberwein

# Bilanz

## PASSIVSEITE

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
<b>A. Eigenkapital</b>					
<b>I. Gewinnrücklagen</b>					
1. Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			4.800		4.600
2. Andere Gewinnrücklagen			8.600		7.900
				13.400	12.500
<b>B. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>					
<b>I. Deckungsrückstellung</b>					
1. Bruttobetrag		273.146			254.779
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		0			0
			273.146		254.779
<b>II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle</b>					
1. Bruttobetrag		8.000			7.500
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		0			0
			8.000		7.500
<b>III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung</b>					
1. erfolgsabhängige					
a) Bruttobetrag	17.319				20.023
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0				0
		17.319			20.023
2. erfolgsunabhängige					
a) Bruttobetrag	900				751
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0				0
		900			751
			18.219		20.773
<b>IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen</b>					
1. Bruttobetrag		5			5
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		0			0
			5		5
				299.370	283.057

# Bilanz

## PASSIVSEITE

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
<b>C. Andere Rückstellungen</b>					
<b>I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen</b>			0		0
<b>II. Steuerrückstellungen</b>			175		178
<b>III. Sonstige Rückstellungen</b>			538		418
				713	596
<b>D. Andere Verbindlichkeiten</b>					
<b>I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber</b>					
1. Versicherungsnehmern			273		227
<b>II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft</b>			12		15
<b>III. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			1.191		1.253
davon:					
aus Steuern T€ 28 (Vorjahr T€ 25)					
				1.477	1.496
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				145	160
<b>F. Passive latente Steuern</b>				37	71
<b>Summe der Passiva</b>				<b>315.141</b>	<b>297.880</b>

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f HGB sowie nach § 156 Abs. 2 Nr. 1 VAG berechnet worden ist. Für eine Mitversicherung wurden die Angaben des Konsortialführers übernommen.

Frankfurt am Main, den 31.03.2017

Der Verantwortliche Aktuar  
Thor, Dipl.-Mathematiker

# Gewinn- und Verlustrechnung

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge		49.977		49.607
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		64		63
			49.913	49.543
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			5.461	7.828
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		10.368		10.308
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		552		418
			10.919	10.726
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			13	11
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	39.220			34.670
bb) Anteil der Rückversicherer	0			0
		39.220		34.670
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	500			-100
bb) Anteil der Rückversicherer	0			0
		500		-100
			39.720	34.570
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	18.367			20.739
bb) Anteil der Rückversicherer	0			0
		18.367		20.739
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		-1		-1
			18.366	20.738
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung				
a) erfolgsabhängige		2.654		6.033
b) erfolgsunabhängige		253		183
			2.906	6.216

# Gewinn- und Verlustrechnung

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	753			706
b) Verwaltungsaufwendungen	1.666			1.768
		2.420		2.474
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		0		0
			2.420	2.474
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- aufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		207		228
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0		565
			207	792
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			189	148
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			2.498	3.171
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Sonstige Erträge		42		30
2. Sonstige Aufwendungen		1.298		980
			-1.256	-950
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1.242	2.220
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			342	720
<b>5. Jahresüberschuss</b>			<b>900</b>	<b>1.500</b>
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		200		400
b) in andere Gewinnrücklagen		700		1.100
			900	1.500
<b>7. Bilanzgewinn</b>			<b>0</b>	<b>0</b>

# Anhang

## Angaben zur Identifikation gemäß § 264 Abs. 1a HGB

Die Freie Arzt- und Medizinkasse der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG, Frankfurt am Main, ist beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Nummer HRB 32376 eingetragen.

## Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### Maßgebende Rechnungslegungsvorschriften

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

### Immaterielle Vermögensgegenstände

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten nach Abzug linearer Abschreibungen bewertet.

### Kapitalanlagen

Die ausgewiesenen Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und Inhaberschuldverschreibungen wurden gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 2. Halbsatz i.V.m. § 253 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 5 HGB (gemildertes Niederstwertprinzip) dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Bewertung erfolgte grundsätzlich mit den fortgeführten Anschaffungskosten, es sei denn, voraussichtlich dauernde Wertminderungen erforderten entsprechende Abschreibungen. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wurde beachtet.

Die Bewertung der Namensschuldverschreibungen erfolgte zum Nennwert abzüglich Tilgungen. Die bei Auszahlung von Namensschuldverschreibungen sich ergebenden Disagio- bzw. Agio-beträge wurden passiv bzw. aktiv abgegrenzt und zeitanteilig verteilt. Die Bewertung der Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen ohne laufende Zinszahlung (Zeros) erfolgte mit den Anschaffungskosten zuzüglich der anteilig auf das jeweilige Geschäftsjahr entfallenden Zinsansprüche (Aufzinsung). Bei Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation der Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die Bewertung der Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte unter Berücksichtigung der in 2009 veröffentlichten Verlautbarung der BaFin und

# Anhang

des Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW). Wertberichtigungen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich.

Die Einlagen bei Kreditinstituten wurden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Die Bewertung der anderen Kapitalanlagen erfolgte zu den Anschaffungskosten, sofern keine Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung vorzunehmen waren. Das Wertaufholungsgebot des § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wurde beachtet.

## Forderungen

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und Sonstige Forderungen wurden mit den Anschaffungskosten bewertet. Erforderliche Wertberichtigungen wurden vorgenommen. Sämtliche als uneinbringlich erkannten Forderungen wurden abgeschrieben.

## Sonstige Vermögensgegenstände

Bei den Sachanlagen erfolgte die Abschreibung linear über die voraussichtliche betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Die im Geschäftsjahr zugegangenen geringwertigen Wirtschaftsgüter wurden in voller Höhe abgeschrieben. In den Jahren 2013 und früher wurden geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten € 150,00 (netto) nicht überstiegen, gemäß § 6 Abs. 2a EStG im Geschäftsjahr in voller Höhe abgeschrieben, während bewegliche abnutzbare Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von mehr als € 150,00 bis zu € 1.000,00 (netto) in einen jahrgangsbezogenen Sammelposten eingestellt wurden und über fünf Jahre linear abgeschrieben werden.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und der Kassenbestand wurden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Andere Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten (Auszahlungen an Versicherungsnehmer bzw. erfüllungshalber an Dritte geleistete Zahlungen) bewertet. Zur Berücksichtigung der zeitverzögerten Realisation wurde eine Pauschalwertberichtigung für die entgangene Verzinsung gebildet. Soweit Bonitätsrisiken vorlagen, wurden Einzelwertberichtigungen in Höhe der geschätzten Zahlungsausfälle gebildet.

## Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzte Zinsen, die auf das Geschäftsjahr entfallen, aber noch nicht fällig sind, wurden zeitanteilig mit dem Nominalwert bewertet. Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

## Versicherungstechnische Rückstellungen

Innerhalb der Deckungsrückstellung wurde die kalkulatorische Alterungsrückstellung nach der prospektiven Methode als Barwert der künftigen Versicherungsleistungen, vermindert um den Barwert der künftigen Rückstellungsbeiträge, nach Maßgabe der technischen Berechnungsgrundlagen ermittelt. Darüber hinaus umfasst die Deckungsrückstellung Zuschreibungen ge-

# Anhang

mäß § 149 und § 150 Abs. 2 VAG, die dem Aufbau einer Anwartschaft auf Beitragsermäßigung im Alter dienen. Dieser Anteil wurde nach der retrospektiven Methode ermittelt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde in Übereinstimmung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) gebildet. Sie beinhaltet auch die Schadenregulierungsaufwendungen. Diese wurden in Anlehnung an den Erlass des Bundesministeriums der Finanzen vom 02.02.1973 pauschal ermittelt auf der Grundlage des Verhältnissatzes von Schadenregulierungsaufwendungen zu Schadenaufwendungen des Geschäftsjahres.

Die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurde gemäß der Satzung gebildet.

Die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurde aufgrund der Bestimmungen des § 150 Abs. 4 VAG ermittelt.

Unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wird die Stornorückstellung ausgewiesen. Sie wurde auf Basis eines modifizierten Berechnungsverfahrens einheitlich mit 7,5% (Vorjahr 7,5%) der Summe der negativen Anteile der Alterungs- und Sterbegeldrückstellungen in Ansatz gebracht.

## Andere Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen bestehen lediglich aus Gehaltsumwandlung. Sie wurden mit dem Zeitwert der Rückdeckungsversicherungen gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB bewertet und mit dem Aktivwert dieser Vermögensgegenstände gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet, da diese durch die Abtretung der Versicherungsleistungen an die Mitarbeiter dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind.

Alle anderen Rückstellungen wurden gemäß § 253 Abs. 1 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und bei Laufzeiten von mehr als einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

## Andere Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen bewertet.

## Passive latente Steuern

Zum 31.12.2016 errechneten sich künftige Steuerentlastungen saldiert aus abweichenden Wertansätzen im Wesentlichen bei den Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen und bei den sonstigen Rückstellungen in Höhe von T€ 37. Der Berechnung lag ein Steuersatz von 31,93% zugrunde.



# Anhang

## Währungsumrechnungen

Für das in fremder Währung abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden die Aktiva und Passiva sowie die Erträge und Aufwendungen in der jeweiligen ausländischen Währung geführt. Zur Erstellung des Jahresabschlusses wurden diese Posten gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtages in Euro umgerechnet.

# Anhang

## Aktiva - Entwicklung der Aktivposten A. und B. im Geschäftsjahr 2016

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen <sup>1)</sup>	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	9	0	0	0	0	3	6
2. Summe A.	9	0	0	0	0	3	6
<b>B.I. Sonstige Kapitalanlagen</b>							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.644	0	0	0	0	0	3.644
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	147.970	30.978	0	11.497	108	0	167.558
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	71.504	4.000	0	4.000	103	0	71.608
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	40.600	0	0	1.000	0	0	39.600
4. Einlagen bei Kreditinstituten	6.935	0	0	2.788	0	0	4.147
5. Andere Kapitalanlagen	1.717	2.135	0	225	0	0	3.627
6. Summe B.I.	272.370	37.113	0	19.511	212	0	290.184
<b>Insgesamt</b>	<b>272.379</b>	<b>37.113</b>	<b>0</b>	<b>19.511</b>	<b>212</b>	<b>3</b>	<b>290.190</b>

<sup>1)</sup> davon Zerozinszuschreibungen von T€ 212

# Anhang

## Angaben zur Bilanz

### AKTIVA

#### Zu. B. Kapitalanlagen

##### **I. 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**

Der gesamte unter dieser Bilanzposition ausgewiesene Wertpapierbestand in Höhe von unverändert T€ 3.644 wurde dem Anlagevermögen zugeordnet. Es handelt sich um einen Spezialfonds, bei dem am Bilanzstichtag der Zeitwert über dem entsprechenden Buchwert lag.

##### **I. 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**

Der Gesamtbestand in Höhe von T€ 167.558 (Vorjahr T€ 147.970) wurde dem Anlagevermögen zugeordnet. Ein Verkauf der Wertpapiere vor deren planmäßiger Tilgung ist nicht beabsichtigt. Bei den von Kursrückgängen betroffenen Wertpapieren ist aufgrund ihrer Kreditqualität von einer Rückzahlung zum Nennwert auszugehen. Der Wertverlust wird deshalb als voraussichtlich nicht dauernd angesehen. Hierbei standen Inhaberschuldverschreibungen mit Buchwerten in Höhe von T€ 19.836 (Vorjahr T€ 12.466) Zeitwerte von T€ 19.471 (Vorjahr T€ 11.737) gegenüber. Durch die Zuordnung zum Anlagevermögen wurden Abschreibungen in Höhe von T€ 366 (Vorjahr T€ 730) vermieden.

##### **I. 3. Sonstige Ausleihungen**

In diesem Posten ist eine Namensschuldverschreibung (Vorjahr drei) mit einem Buchwert von T€ 4.000 (Vorjahr T€ 5.000) enthalten, deren Zeitwert in Höhe von T€ 3.770 (Vorjahr T€ 4.909) unter dem Buchwert lag. Da auf Grund der Kreditqualität der hiervon betroffenen Forderungen von einer Rückzahlung jeweils zum Nennwert auszugehen ist, werden die Buchwertunterschreitungen nicht als voraussichtlich dauerhaft angesehen.

##### **I. 5. Andere Kapitalanlagen**

In den anderen Kapitalanlagen werden Anteile an in- und ausländischen Private Equity-Gesellschaften (Private Equity-Dachfonds, Immobilien-Dachfonds) mit T€ 3.627 (Vorjahr T€ 1.717) ausgewiesen. In diesem Posten sind auch Anteile an Private Equity Gesellschaften enthalten, deren Zeitwert mit T€ 91 (Vorjahr T€ 27) unter dem Buchwert lag. Der Verein geht davon aus, dass die verbliebenen stillen Lasten nicht dauerhaft sind. Deshalb waren hier keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorzunehmen.

Im Geschäftsjahr wurden keine Geschäfte in freistehenden derivativen Finanzinstrumenten getätigt.

# Anhang

<b>Zeitwerte der Kapitalanlagen</b>				
	<b>Buchwert</b>	<b>Zeitwert</b>	<b>Buchwert</b>	<b>Zeitwert</b>
	<b>2016</b>	<b>2016</b>	<b>2015</b>	<b>2015</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
<b>B.I. Sonstige Kapitalanlagen</b>				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.644	3.980	3.644	3.674
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	167.558	202.587	147.970	175.849
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	71.608	87.007	71.504	87.591
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	39.600	51.784	40.600	49.763
5. Einlagen bei Kreditinstituten	4.147	4.147	6.935	6.935
6. Andere Kapitalanlagen	3.627	3.787	1.717	1.700
7. Summe B.I.	290.184	353.292	272.370	325.511
<b>B. Kapitalanlagen</b>				
davon zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	221.184	269.976	203.370	241.170
davon zum Nennwert bilanziert	69.000	83.316	69.000	84.341
davon Finanzinstrumente wie Anlagevermögen bewertet (§ 285 Nr. 18 HGB)	217.037	265.830	196.435	234.235
davon mit stillen Lasten	20.917	20.460	12.579	11.822

## Zeitwerte der Kapitalanlagen

Bei Aktien, anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere, die an einer Börse notieren, wurden die Zeitwerte mit dem Jahresultimo-Börsenkurs angesetzt.

Die Zeitwerte der Anteile oder Aktien an Investmentvermögen entsprechen den offiziellen Rücknahmepreisen der Kapitalanlagegesellschaften.

Bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die an einer Börse notieren, wurden die Zeitwerte mit dem Jahresultimo-Börsenkurs angesetzt.

Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode ermittelt. Als Grundlage der Bewertung dienten laufzeitkongruente Swapzinssätze unter Berücksichtigung der Kreditliquidität der jeweiligen Schuldner.

Die anderen Kapitalanlagen, für die kein aktiver Markt besteht, wurden mit dem Substanzwert (Net Asset Value) angesetzt.

# Anhang

## Zu D. Sonstige Vermögensgegenstände

### III. Andere Vermögensgegenstände

Der Ausweis betrifft Vorauszahlungen an Versicherungsnehmer bzw. erfüllungshalber an Dritte geleistete Zahlungen für Versicherungsnehmer. Die Rückzahlung der Vorauszahlung erfolgt durch den abgetretenen Zahlungsanspruch auf Beihilfeleistungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften.

Nach der Art der Auszahlung bzw. den Zahlungsempfängern gliedert sich der Bilanzposten wie folgt:

<b>Andere Vermögensgegenstände</b>		
	<b>2016</b>	<b>2015</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Beihilfeforderungen	15.150	18.054
Forderungen an Abrechnungsstellen	4.775	1.703
Einzelwertberichtigung auf Beihilfeforderungen	-703	0
Pauschalwertberichtigung auf sonstige Beihilfeträger	-300	-300
	<b>18.922</b>	<b>19.456</b>

## Zu E. Rechnungsabgrenzungsposten

### II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Der Posten betrifft mit T€ 11 Agien auf Namensschuldverschreibungen.

# Anhang

## PASSIVA

### Zu A. Eigenkapital

#### I. Gewinnrücklagen

<b>Gewinnrücklagen</b>			
		<b>2016</b>	<b>2015</b>
		<b>T€</b>	<b>T€</b>
1.	Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		
	Stand am 01.01.	4.600	4.200
	Einstellung aus dem Jahresüberschuss	200	400
	Stand am 31.12.	4.800	4.600
2.	Andere Rücklagen		
	Stand am 01.01.	7.900	6.800
	Einstellung aus dem Jahresüberschuss	700	1.100
	Stand am 31.12.	8.600	7.900
	<b>Stand am 31.12.</b>	<b>13.400</b>	<b>12.500</b>

### Zu B. Versicherungstechnische Rückstellungen

<b>Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen</b>		
	<b>2016</b>	<b>2015</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen	299.370	283.057
davon		
- Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	8.000	7.500

Bei der Bewertung der Teilrückstellung für Versicherungsleistungen wurden Regressforderungen in Höhe von T€ 779 (Vorjahr T€ 758) verrechnet.

In der Dotierung der Deckungsrückstellung ist ein Betrag von T€ 0 (Vorjahr T€ 5) für Übertragungswerte aus den zum 31.12.2016 abgehenden Verträgen enthalten.

# Anhang

## III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung							
		Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			
		Gesamt	davon Poolrelevante RfB aus der PPV	Poolrelevante RfB aus der PPV	Betrag nach § 150 Abs. 4 VAG	Sonstiges	
		(a)	(b)	(c)	(d)	(e)	
		T€	T€	T€	T€	T€	
1.	Bilanzwerte Vorjahr	20.023	0	0	751	0	
2.	Entnahme zur Verrechnung	5.357	0	0	103	0	
3.	Entnahme zur Barausschüttung	0	0	0	0	0	
4.	Zuführung	2.654	0	0	253	0	
5.	Bilanzwerte Geschäftsjahr	17.319	0	0	900	0	
6.	Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 150 VAG	1.627					

# Anhang

## Zu C. Andere Rückstellungen

### I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

<b>Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen</b>		
	<b>2016</b>	<b>2015</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Erfüllungsbetrag aus Zusagen		
- aus Gehaltsumwandlungen	9	8
Erhöhung der Pensionsverpflichtung aus Gehaltsumwandlung zu Verrechnung	4	3
	13	11
davon mit Aktiwerten der verpfändeten Rückdeckungsversicherungen verrechenbar	13	11
	<b>0</b>	<b>0</b>

## Zu E. Rechnungsabgrenzungsposten

Die Position enthält ausschließlich Disagien auf Namensschuldverschreibungen.



# Anhang

## Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

### Zu I. Versicherungstechnische Rechnung

#### Zu 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge

<b>Gebuchte Bruttobeiträge</b>			
		<b>2016</b>	<b>2015</b>
		<b>T€</b>	<b>T€</b>
aa)	Gebuchte Bruttobeiträge aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, untergliedert nach:		
	- Einzelversicherungen	49.977	49.607
	- Gruppenversicherungen	0	0
		49.977	49.607
bb)	Gebuchte Bruttobeiträge aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, untergliedert nach:		
	- Laufenden Beiträgen	49.977	49.607
	- Einmalbeiträgen	0	0
		49.977	49.607
cc)	Gebuchte Bruttobeiträge aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, untergliedert nach:		
	- Krankheitskostenvollversicherungen	49.977	49.607

In den gebuchten Bruttobeiträgen sind T€ 3.357 (Vorjahr T€ 3.273) gesetzlicher Zuschlag gemäß § 149 VAG enthalten.

In der Krankheitskostenvollversicherung sind am 31.12.2016 27.743 (Vorjahr 28.080) natürliche Personen versichert. Diese verteilen sich wie folgt:

<b>Zahl der versicherten natürlichen Personen</b>		
	<b>2016</b>	<b>2015</b>
	<b>Anzahl</b>	<b>Anzahl</b>
a) Beamte und Beamtenantwörter	17.271	17.239
b) Angehörige (inkl. Kinder)	5.763	5.963
c) Anwartschaften	4.736	4.878

# Anhang

## Zu 2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

<b>Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung</b>		
	<b>2016</b>	<b>2015</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>
a) Erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
- Krankheitskostenvollversicherungen	5.357	7.294
b) Erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
- Krankheitskostenvollversicherungen	103	534
<b>Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung gesamt</b>	<b>5.461</b>	<b>7.828</b>

## Zu 5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

<b>Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung</b>		
	<b>2016</b>	<b>2015</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Aufwendungen für Geschäftsjahresschäden		
a) Gezahlt	28.776	27.319
b) Zurückgestellt	8.000	7.500
Ergebnis aus der Abwicklung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des Vorjahres (+ = Gewinn / - = Verlust)	-2.944	249
	<b>39.720</b>	<b>34.570</b>

### **Rückversicherungssaldo**

Der Saldo des in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäfts gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 4b RechVersV betrug T€ -64 (Vorjahr T€ -63).

# Anhang

## Zu II. Nichtversicherungstechnischen Rechnung

### Zu 1. Sonstige Erträge

<b>Sonstige Erträge</b>			
Die größeren Beträge sind:		2016	2015
		T€	T€
a)	Erträge aus Dienstleistungen	20	20
b)	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	9	3
c)	Währungskursgewinne	6	0

### Zu 2. Sonstige Aufwendungen

<b>Sonstige Aufwendungen</b>			
		2016	2015
		T€	T€
a)	Beihilfeabwicklungskosten	761	720
b)	Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen	529	254
c)	Sonstige Abschreibungen	1	6
d)	Sonstige Zinsaufwendungen	8	0
e)	Übrige nicht versicherungstechnische Aufwendungen	0	0
		<b>1.298</b>	<b>980</b>

# Anhang

## Angabe der verrechneten Erträge / Aufwendungen

<b>Rückgedeckte Pensionszusagen</b>		
	<b>2016</b>	<b>2015</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Zu-/Abschreibungen auf die Rückdeckungsversicherungen	3	5
Beiträge zu Rückdeckungsversicherungen	2	5
Aufwand aus korrespondierenden Zusagen gegen Gehaltsumwandlung	2	3
Nach Verrechnung mit dem Nettoergebnis verbleibender Ertrag/Aufwand	1	3

### Zinsen aus Ab- und Aufzinsung

Das Jahresergebnis wurde durch die Aufzinsung in Höhe von T€ 0,1 (Vorjahr T€ 0,4) aus langfristigen Rückstellungen beeinflusst, während durch die Abzinsung keine Ergebniseffekte zu verzeichnen waren.

# Anhang

## Persönliche Aufwendungen

### Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter			
		2016	2015
		T€	T€
1.	Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	161	151
2.	Löhne und Gehälter	1.604	1.551
3.	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	447	333
4.	Aufwendungen für Altersversorgung	22	23
<b>5.</b>	<b>Aufwendungen insgesamt</b>	<b>2.233</b>	<b>2.058</b>

### Anzahl Mitarbeiter

Die Anzahl der im Angestelltenverhältnis beschäftigten Mitarbeiter betrug im Geschäftsjahr durchschnittlich 32 Personen (Vorjahr 30). Diese sind ausschließlich im Innendienst beschäftigt.

### Bezüge der Organe

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen T€ 18 (Vorjahr T€ 18).

Die Aufsichtsratsvergütungen betragen T€ 59 (Vorjahr T€ 50).

### Honorar des Abschlussprüfers

(inklusive Nebenkosten, ohne Umsatzsteuer)

Honorar des Abschlussprüfers		
	2016	2015
	T€	T€
1. Abschlussprüfungsleistung	82	61
2. Steuerberatungsleistungen	8	4
3. Sonstige Beratungsleistung	10	0

# Anhang

## Sonstige Angaben

### **Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Die FAMK ist über die Mitgliedschaft im Verband der privaten Krankenversicherer mittelbar Mitglied des Sicherungsfonds für die Krankenversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt von den Krankenversicherungsunternehmen im Sicherungsfall zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus übernommenen Krankenversicherungsverträgen Sonderbeiträge bis zu 2‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen. Zum Bilanzstichtag ergab sich eine Eventualverbindlichkeit von T€ 599. Bisher erfolgte keine Inanspruchnahme.

Aus der Zeichnung von Anteilen an Fonds alternativer Anlagen (Private Equity und Immobilien) bestanden per 31.12.2016 Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von T€ 26.027. Die ausstehenden Einlagen werden durch die Initiatoren der Fonds abgerufen.

Aus Vorkäufen bestanden am Bilanzstichtag keine Abnahmeverpflichtungen im Geschäftsjahr 2017.

In der Bilanz sind weder Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren, noch Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, enthalten. Aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse und nennenswerte finanzielle Verpflichtungen bestehen nicht.

### **Angaben zu den Geschäften mit nahe stehenden Unternehmen und Personen**

Zu den nahe stehenden Unternehmen zählen die mit dem INTER Verein verbundenen Unternehmen sowie die FAMK, die mit dem INTER Verein einen Gleichordnungskonzern im Sinne des § 18 Abs. 2 AktG bildet.

Zu den nahe stehenden Personen gehören die Mitglieder des Aufsichtsrats, des Vorstands und die leitenden Angestellten der ersten Führungsebene unter dem Vorstand sowie die nahen Familienangehörigen.

Zwischen den nahe stehenden Unternehmen bestehen ein Organisationsgemeinschaftsvertrag sowie ab 01.10.2016 diverse Generalagenturverträge und ein Vertrag über die Ausgliederung von Funktionen, Versicherungstätigkeiten und sonstigen Tätigkeiten zwischen dem INTER Verein und den deutschen Tochtergesellschaften, wobei ganz überwiegend die INTER Kranken Dienstleistungen für die Konzernunternehmen erbringt und in geringem Umfang erhält. Bis zum 30.09.2016 bestanden diverse Generalagentur-, Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungsverträge, wobei ganz überwiegend die INTER Krankenversicherung aG (nunmehr INTER Verein) Dienstleistungen für die Konzernunternehmen erbracht und in geringem Umfang erhalten hat. Die Dienstleistungen werden bzw. wurden überwiegend zu Selbstkosten einschließlich entsprechender Gemeinkostenzuschläge beziehungsweise zu vereinbarten marktüblichen Preisen oder im Wege der sachgerechten Kostenteilung abgerechnet.

Bei den Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Personen handelt es sich im Wesentlichen um Versicherungs- und Bausparverträge. Hierbei erhalten nahe stehende Personen Versicherungsschutz zu für Mitarbeiter von Finanzdienstleistern geltenden Konditionen und Mitarbeiter-

# Anhang

konditionen bei Bausparverträgen. Ansonsten erfolgen die Vertragsabschlüsse zu den üblichen Bedingungen.

Zusammenfassend ergibt sich keine Berichterstattungspflicht im Sinne des § 285 Satz 1 Nr. 21 HGB über wesentliche Geschäfte zu marktüblichen Bedingungen.

## **Verbände**

Das Unternehmen ist u. a. Mitglied des Verband der privaten Krankenversicherung e.V., Köln

## Nachtragsbericht

Über Ereignisse von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, ist nicht zu berichten.

# Anhang

## Mitglieder der Organe

<b>Mitgliedervertretung</b>	
Döring, Hans-Joachim	Polizeihauptkommissar a.D., Frankfurt am Main
Frank, Karl-Heinz	stv. Amtsleiter Branddirektor Frankfurt Ltd. BD, Alzenau
Hefner, Günter	Ministerialdirigent, Leiter Zentralabteilung, Heimbuchenthal
Koch, Michael	Kriminalhauptkommissar i.R., Niedernhausen
Küchler, Heinz	Brandmeister i.R., Frankfurt am Main
Meireis, Rolf	Leitender Ministerialrat, Wiesbaden
Pogantke, Thomas	Brandamtman, Maintal
Prochnow, Klaus	Erster Polizeihauptkommissar, Geisenheim
Weidlich, Horst	Polizeihauptkommissar a.D., Oberursel
Weinheimer, Andreas	Brandoberamtsrat, Bad Vilbel

<b>Aufsichtsrat</b>	
Frerichs, Peter	Polizeipräsident a.D., Frankfurt am Main Vorsitzender des Aufsichtsrats
Thomas, Peter	vorm. Vorsitzender der Vorstände der INTER Versicherungen, Nieblum, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Burlon, Silvio	Direktor der hessischen Landesfeuerwehrschule, Kassel

<b>Vorstand</b>	
Kreibich, Matthias	Ludwigshafen
Schillinger, Michael	Mannheim

Frankfurt am Main, den 18.04.2017

**Freie Arzt- und Medizinkasse**  
der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG  
Der Vorstand

Kreibich

Schillinger



# Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der FREIE ARZT- UND MEDIZINKASSE der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 24. April 2017

**Roever Broenner Susat Mazars GmbH & Co. KG**

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Steuerberatungsgesellschaft

Schärtl

Wirtschaftsprüfer

Förg

Wirtschaftsprüferin

# Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat ließ sich im Jahr 2016 über die Geschäftsentwicklung, die Geschäftsführung und die finanzielle Situation des Unternehmens vom Vorstand umfassend schriftlich und mündlich berichten. Zudem wurden in regelmäßigen gemeinsamen Sitzungen alle wichtigen geschäftspolitischen Ereignisse eingehend besprochen und dabei vom Vorstand alle Fragen erschöpfend beantwortet.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht 2016 wurden durch den vom Aufsichtsrat bestimmten Abschlussprüfer, Roever Broenner Susat Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, geprüft. Es wurden keine Beanstandungen erhoben, sodass der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Aufsichtsrat hat zu den Prüfungsergebnissen keine Bemerkungen zu machen.

Der Aufsichtsrat hat den ihm vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft; er erhebt nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2016, der damit festgestellt ist.

Frankfurt am Main, den 17.05.2017

**Freie Arzt- und Medizinkasse**  
der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG  
Der Aufsichtsrat

Frerichs  
Vorsitzender